



# ORIENTIERUNG

Nr. 10 67. Jahrgang Zürich, 31. Mai 2003

*Sólo le pido a Dios  
que el dolor no me sea indiferente  
que la reseca muerte no me encuentre  
vacío y solo sin haber hecho lo suficiente.*

*León Gieco, IV LP (1978)<sup>1</sup>*

Über den Publizisten und Theologen Horst Goldstein, der am 22. April 2003 im Alter von 63 Jahren bei einem Autounfall starb, einen Nachruf zu schreiben, konfrontiert mit einer der großen Herausforderungen der europäischen Geschichte. Der spanische Missionar und Bischof Bartolomé de Las Casas schrieb 1564 zwei Jahre vor seinem Tod in seinem Testament<sup>2</sup>: «Und ich glaube, daß Gott um dieser ruchlosen, rasenden und schändlichen Taten (*scl.* der Konquistadoren) willen, die auf so ungerechte, tyrannische und barbarische Weise unter ihnen (*scl.* den Ureinwohnern Lateinamerikas) und gegen sie begangen wurden, seinen bebenden Zorn über Spanien hereinbrechen lassen wird.» Was Las Casas hier als Verurteilung von Verbrechen und als Prophezeiung über deren weitreichende Spätfolgen ausspricht, zielt nicht nur auf die von ihm hier ausdrücklich genannten Spanier, sondern er behauptet damit auch, daß die Verbrechen der Konquistadoren eine globale Wirkung haben werden, insofern sie bei allen Menschen eine «Finsternis des Verstandes» zur Folge haben, die sie daran hindert, Gutes und Böses zu unterscheiden. Erst eine außergewöhnliche Bußbereitschaft werde es möglich machen, diesen Verblendungszusammenhang zu durchbrechen.

Horst Goldstein hat sich lebenslang in seiner Tätigkeit als Publizist, Übersetzer und in der Erwachsenenbildung mit den Folgen europäischer Expansionspolitik und Kolonialisierung auseinandergesetzt. 1939 in Rheine (Nordrhein-Westfalen) geboren, aufgewachsen auf dem Bispinghof in Nordwalde bei Münster/Westf., tritt er nach dem Abitur in den Franziskanerorden ein und beginnt das Theologiestudium in Olinda (Pernambuco) und Salvador da Bahia. Während einer mehrjährigen pastoralen Tätigkeit lernt er eine an der Option für die Armen orientierte Gemeindepraxis kennen. Er ist Augenzeuge, wie nach der Machtübernahme der Militärs und durch die Bestellung von General Castelo Branco zum Staatspräsidenten Brasiliens die Repression gegen die politische Opposition zunimmt und wie sich gleichzeitig innerhalb der katholischen Kirche eine vielfältige Widerstandsbewegung gegen die Diktatur zu bilden beginnt. Zu Beginn der siebziger Jahre wird er zum Promotionsstudium freigestellt, das er nach Aufenthalt in Paris und Tübingen in Münster/Westf. abschließt. Er verläßt den Franziskanerorden, heiratet, arbeitet in der Erwachsenenbildung und als freier Publizist, zieht nach Trennung und Scheidung 1992 nach Berlin, wo er Leiter der neu gegründeten Regionalstelle Berlin der Missionszentrale der Franziskaner und des Franziskanischen Bildungswerkes wird. Später arbeitet er teilzeitlich in der Heimbildungsstätte der Caritas in Bad Saarow bei Berlin und engagiert sich bei Bildungsveranstaltungen der ostdeutschen lutherischen Landeskirchen.

1975 veröffentlicht Horst Goldstein eine gekürzte Fassung des zweiten Teils seiner Dissertation über das Gemeindeverständnis des Ersten Petrusbriefes. Darin beschreibt er die theologische Leistung des Briefverfassers mit folgenden Worten<sup>3</sup>: «Die Einzigartigkeit seines seelsorgerischen Stils liegt gerade darin, in den wechselnden Situationen der Gemeinden den Gläubigen aus der Kraft der durch den Geist lebendigen Tradition konkrete Antworten zu geben, so daß der Glaube sich auch in neue Formen kleiden kann. Für das Kirchenverständnis ist dieser Zug gerade deshalb so wichtig, weil er einer empirischen und induktiven theologischen Wahrheitsfindung wertvolle Argumente liefert.» Was überrascht, ist der hier zu beobachtende zwanglose Übergang von der Feststellung eines Sachverhaltes zu den methodischen Konsequenzen, die sich aus diesem für die Möglichkeiten theologischer Reflexion ergeben. Horst Goldstein hat in seinen publizistischen Arbeiten diesen Zusammenhang immer wieder zur Sprache gebracht. Folgerichtig hat er seine Übersetzungen grundlegender Werke von Gustavo Gutiérrez, von Leonardo Boff und anderen lateinamerikanischen Theologen mit Beiträgen begleitet<sup>4</sup>, welche die Kontexte dieser Werke erschließen und deren Methoden debattieren. So ver-

## IN MEMORIAM

**Horst Goldstein (1939–2003):** Ein Leben zwischen Brasilien und Deutschland – Die Entdeckung der Befreiungstheologie – Übersetzer und Kommentator – Das gesprochene Wort und die theologische Kleineliteratur – Auf dem Weg zu einem polyzentrisch verfaßten Christentum.

*Nikolaus Klein*

## ZEITGESCHICHTE/EUROPA

**Polen vor dem Referendum:** EU-Erweiterung um die mitteleuropäischen und baltischen Staaten – Polnische Verhandlungspositionen auf dem Kopenhagener Gipfel – Ein selbstbewußter und gleichberechtigter Partner – Die Probleme der Landwirtschaft – Die Debatte im polnischen Sejm – Die Unwägbarkeiten eines Referendums – Positionen der Opposition – Eine fragile Koalitionsregierung – Das Kalkül der Bauernpartei – Zukunftsangst und unsichere Prognosen – Die Sicht der katholischen Kirche – Europa als Wertegemeinschaft – Ein langwieriger Weg des Episkopates – Die Einstellung des Klerus – Streit um die «invocatio Dei» – Liberalisierung des Abtreibungsverbotes? – Bischöfe fordern eine Garantieerklärung – Unterschiedliche Erwartungen – Die Debatte wird weitergehen.

*Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen*

## BUCHHINWEIS

**Höherer Eigensinn:** Zu einer Publikation von Victor Conzemius – Zwanzig Porträts von Männern und Frauen – Die Christen angesichts der Moderne.

*Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri b. Bern*

## GESCHICHTE/LITERATUR

**Dreihundert Jahre St. Petersburg:** Eine Stadt im fiktionalen Spiegel zweier Dichter – Die Freundschaft zwischen Aleksandr S. Puškin und Nikolaj V. Gogol – Grundstein für eine frührealistische Poetik – Eine satirische und phantasmagorische Sichtweise auf Rußland – Eine Edition der Korrespondenz – Zwischen Ablehnung und Erfolg – Der unsinnige Tod des Freundes – Literarische Blüte bei staatlicher Zensur – Ein surrealer Blick auf St. Petersburg und seine Gesellschaft – Eine verwirrende Beziehungsgeschichte.

*Wolfgang Schlott, Bremen*

## POLITISCHE THEORIE

**Exodus und Revolution:** Alttestamentliche Paradigmen neuzeitlichen Fortschritts – Zu einem Forschungsprogramm von Michael Walzer – Der Exodus als Paradigma neuzeitlichen Fortschrittsdenkens – Vergleich mit griechischem Denken – Unterdrückung und die Forderung nach Gerechtigkeit – Die Schmerzen der Veränderung und die Verlockungen der Stagnation – Exodus-Zionismus gegen politischen Messianismus – Undramatischer Umgang mit Niederlagen und Katastrophen – Parallelen bei christlichen Denkern.

*Werner Post, Bonn/Dortmund*

faßte er einen Überblick über die christologischen Entwürfe, wie sie von brasilianischen Theologen erarbeitet worden sind, untersuchte die Verwendung biblischer Traditionen und sozialwissenschaftlicher Theorien und gab ein Wörterbuch der Befreiungstheologie heraus.<sup>5</sup> Immer wieder hat er darauf aufmerksam gemacht, daß Befreiungstheologie als gesprochenes Wort be-

<sup>1</sup> Das Lied des argentinischen Sängers León Gieco enthält fünf parallel formulierte Strophen, in denen er jeweils Gott darum bittet, ihn nicht gleichgültig gegenüber dem Leiden, der Ungerechtigkeit, dem Krieg, der Täuschung und der Zukunft werden zu lassen.

<sup>2</sup> Zitiert nach Mariano Delgado, Hrsg., *Gott in Lateinamerika. Texte aus fünf Jahrhunderten*. Düsseldorf 1991, S. 162f.

<sup>3</sup> Horst Goldstein, *Paulinische Gemeinde im Ersten Petrusbrief (SBS, 80)*. Stuttgart 1975, S. 111.

<sup>4</sup> Gustavo Gutiérrez, *Theologie der Befreiung*. München-Mainz 1972, Neuausgabe 1992; *Aus den eigenen Quellen trinken. Spiritualität der Befreiung*. München-Mainz 1986; *Von Gott sprechen in Unrecht und Leid – Ijob*. München-Mainz 1988; *Gott oder das Gold. Der befreiende Weg des Bartolomé de las Casas*. Freiburg/Br. 1989; Horst Goldstein, *Leonardo Boff. Zwischen Poesie und Politik*. Mainz 1994. Mehr als zwei Drittel der Werke Leonardo Boffs, die in deutscher Sprache vorliegen, sind von Horst Goldstein übersetzt worden.

<sup>5</sup> Horst Goldstein, *Brasilianische Christologie. Jesus, der Severino heißt*. Mettingen 1982; Ders., *Skizze einer biblischen Begründung der Theologie der Befreiung*, in: Karl Rahner, u.a., Hrsg., *Befreiende Theologie. Der Beitrag Lateinamerikas zur Theologie der Gegenwart*. Stuttgart, u.a. 1977, S. 62–77; Ders., *«Ich bin Jahwe, ich werde sie befreien...»*. Stichpunkte einer biblischen Begründung der Befreiungstheologie, in: Leonardo Boff, u.a., *Bedrohte Befreiung*. Rheinfelden 1985, S. 39–50; Ders., *Immer ist sie befehdet worden... Zur Geschichte des Kampfes gegen die Befreiungstheologie und zur Vorgeschichte der Instruktion*, in: Hermann-Josef Venetz, Herbert Vorgrimler, Hrsg., *Das Lehramt der Kirche und der Schrei der Armen*. Freiburg/Schweiz und Münster/Westf. 1985, S. 29–59; Ders., *Israel nicht vergessen! Theologie der Befreiung und Antijudaismus*, in: *Theologie der Gegenwart* 36 (1993), S. 179–195; Ders., *«Selig ihr Armen»*. Theologie der Befreiung in Lateinamerika... und in Europa? Darmstadt 1989; Ders., Hrsg., *Kleines Lexikon zur Theologie der Befreiung*. Düsseldorf 1991.

ginnt: Wenn Gesprächsanregungen, Diskussionsbeiträge, Briefe, Resolutionen und didaktische Skizzen über ihre unmittelbare Anwendung in den Basisgemeinden und in der pastoralen Arbeit hinaus zugänglich gemacht werden, entsteht jene Form von «Kleinliteratur», in der die theologische Reflexion ihre ganze Dynamik entfaltet. Es war Horst Goldstein wichtig, diesen Ursprungsort befreiungstheologischen Denkens ins Bewußtsein zu heben. Darum fuhr er immer wieder zu Treffen von Basisgemeinden und von lateinamerikanischen Theologen, war ein kundiger Reisebegleiter für Freunde und Bekannte und stellte unter dem Titel «Tage zwischen Tod und Auferstehung» eine der eindrucklichsten Textsammlungen lateinamerikanischer Christen zusammen, die wir im deutschen Sprachraum kennen.<sup>6</sup>

Tzvetan Todorov hat in seiner Studie über die Eroberung Amerikas darauf aufmerksam gemacht, daß der Übersetzer der erste Diener der Konquista ist, wie er gleichzeitig den ersten Schritt zu deren Überwindung macht.<sup>7</sup> Der Übersetzer steht in einem Dialog, bei dem er nicht das letzte Wort beansprucht. In Horst Goldsteins vielfältig angelegten Publikationen widerspiegelt sich dieser Wille zum Dialog: auf der einen Seite das geduldige Befragen und Interpretieren und auf der anderen Seite das dienstbereite Übertragen von Texten. Beides ist für eine Theologie in einem sich polyzentristisch entfaltenden Christentum unabdingbar.<sup>8</sup>

Nikolaus Klein

<sup>6</sup> Horst Goldstein, *Tage zwischen Tod und Auferstehung*. Geistliches Jahrbuch aus Lateinamerika. Düsseldorf 1984.

<sup>7</sup> Vgl. Tzvetan Todorov, *Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen*. Frankfurt/M. 1985.

<sup>8</sup> Vgl. Horst Goldstein, *«...daß alle leben können»*. Rechtfertigung aus befreiungstheologischer Perspektive, in: Ökumenisch-Missionarisches Institut des ÖRK Berlin-Brandenburg, Hrsg., *Rechtfertigung kontrovers*, Berlin 2000, S. 88–122; Ders., *«Genieß das Leben alle Tage.» Eine befreiende Theologie des Wohlstandes*. Mainz 2002.

## POLEN VOR DEM REFERENDUM

Am 13. Dezember 2002 versammelten sich in der dänischen Hauptstadt die Regierungschefs der fünfzehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Mit dem Beschluß über die Aufnahme der noch vor einem guten Jahrzehnt unter sowjetischer Herrschaft stehenden mitteleuropäischen und baltischen Staaten zum 1. Mai 2004 trafen sie eine Entscheidung von historischem Rang. Auch wenn der Kopenhagener Gipfel eher zufällig auf den Tag fiel, an dem vor genau 21 Jahren in Polen mit der Verhängung des Kriegsrechts die 16 Monate «Solidarność» ihr Ende fanden, so war man sich doch der Bedeutung dieses Geschehens durchaus bewußt. Der polnische Regierungschef Leszek Miller ließ sich denn auch die Gelegenheit nicht entgehen, auf den Freiheitskampf der «Solidarność» zu verweisen, mit dem Polen vor aller Welt bekundet hatte, der europäischen Wertegemeinschaft anzugehören. Diese Würdigung blieb einem Manne vorbehalten, der damals als Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei und Mitglied ihres Politbüros auf der anderen Seite der Barrikade stand. Und nun, ganz Staatsmann, war er es, der in einem historischen Augenblick rückblickend seine einstigen Gegner würdigte. Ein erstaunlicher Beweis für seine Wandlungsfähigkeit und den Wandel der Zeiten, den Primas Glomp mit «wohlwollender Nachsicht» unter Hinweis darauf kommentierte, daß «der Mensch sich ändern und reifen kann».<sup>1</sup> Auch dies eine Aussage, die noch vor Jahren aus dem Mund des obersten polnischen Hierarchen undenkbar gewesen wäre.

### Millers harte Verhandlungsposition auf dem Kopenhagener Gipfel

Die Erinnerung an die «Solidarność» stärkte Millers Verhandlungsposition. Er setzte darauf, daß es sich die Chefs der Mit-

gliedstaaten kaum leisten konnten, den Gipfel eingedenk seines historischen Hintergrunds scheitern zu lassen. Und zum Mißvergnügen vor allem von Kanzler Schröder und Präsident Chirac nutzte der polnische Premier die Gunst der Stunde. Während die anderen Beitrittskandidaten, wie gewünscht, die Verhandlungen bereits vor dem Treffen beendet hatten, kämpfte Miller buchstäblich bis zur letzten Minute um weitere Verbesserungen – und gewann das Spiel.

Worum ging es in der Sache? Vor allem um höhere Zuwendungen für die polnische Landwirtschaft – das Sorgenkind während der gesamten jahrelangen Verhandlungen. Die fünf Millionen mehr oder weniger eng mit der Landwirtschaft verbundenen Polen, von deren Zustimmung oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses der EU-Beitritt Polens womöglich abhängt, erwarteten substantielle Verbesserungen. Ihre ursprüngliche Hoffnung, in gleicher Weise wie ihre westlichen Berufskollegen von den Agrarsubventionen profitieren zu können, hatten sich als trügerisch erwiesen. Nachdem für die neu aufzunehmenden Mitglieder zunächst überhaupt keine Direktbeihilfen vorgesehen waren, hatte die Brüsseler Kommission schließlich vorgeschlagen, die üblichen Direktbeihilfen im ersten Jahr nach dem EU-Beitritt auf 25% der Summe zu beschränken, die üblicherweise an Landwirte in den Mitgliedstaaten ausgezahlt wird. Durch die vorgesehene jährliche Anhebung wären bei dieser Regelung die polnischen Bauern erst in zehn Jahren ihren westlichen Kollegen gleichgestellt worden. Dies hatte in Polen zu Protesten geführt, die über die von der oppositionellen «Samoobrona» (Selbstverteidigung) und der mitregierenden Bauernpartei vertretene Klientel weit hinausgingen. Bei einer solchen Ungleichbehandlung würde Polen, so die verbreitete Meinung, als drittklassiges EU-Mitglied eingestuft und die polnische Landwirtschaft letztendlich in den Ruin getrieben.

<sup>1</sup> *Tygodnik Powszechny* 2/2003, S. 2.

Die dänische Präsidentschaft war gegen den Widerstand Deutschlands und Frankreichs vor dem Gipfel Polen bereits durch einen Kompromiß entgegengekommen, der eine Umwidmung der für die Entwicklung der ländlichen Regionen vorgesehenen Mittel aus dem Strukturfonds in Höhe von ungefähr 500 Millionen Euro zur Aufstockung der Direktbeihilfen für die ersten drei Jahre vorsah, was immerhin eine Steigerung auf ca. 39% bedeutete. Doch selbst dieses Entgegenkommen ging der Bauernpartei (PSL), Millers Koalitionspartner, nicht weit genug.

Ein weiteres Problem bestand in der in der EU geltenden Regel, daß jeder Mitgliedstaat entsprechend seinem Bruttosozialprodukt eine bestimmte Summe Brüssel zur Verfügung stellen muß, ehe er selbst in den Genuß von Strukturhilfen gelangt. Wenn gleich Polen zu den Nutznießern der EU-Hilfen zählen wird, so sah sich doch die polnische Regierung angesichts ihres Haushaltsdefizits außerstande, 2004 die entsprechenden Vorleistungen zu erbringen. Zwar war ihr für das Beitrittsjahr eine Rekompensation in Höhe von 443 Millionen Euro in Aussicht gestellt worden, doch die Regierung fand diese Summe als nicht ausreichend.

Angesichts dieser Sachlage war dem Kopenhagener Gipfel Anfang November 2002 im polnischen Sejm eine heftige Debatte vorangegangen, in der sich die Partei «Recht und Gerechtigkeit» (PiS) für weitere Verhandlungen nach dem Gipfel ausgesprochen und Leppers «Samooobrona» gefordert hatte, den Beitrittstermin auf das Jahr 2006 zu verschieben, während die mitregierende Bauernpartei verlauten ließ, sie würde ihre Position von auf dem Gipfel erreichten Verbesserungen abhängig machen. Damit blieb Polens Regierungschef kaum eine andere Wahl, als in einem gewagten Spiel «alles oder nichts» in Kopenhagen auf Nachbesserungen zu bestehen.

Der Ausgang des Kopenhagener Gipfels wurde für Miller zu einem Erfolg. Er konnte als Verhandlungssieger nach Warschau zurückkehren. Als Rekompensation für den Staatshaushalt 2004 hatte er statt 443 Millionen eine Milliarde Euro erkämpft. Zwar handelt es sich bei dieser Summe nicht um zusätzliche Mittel, sondern um eine Umwidmung aus dem Strukturfonds. Doch da aufgrund des komplizierten Antragsverfahrens und der gleichzeitigen Bereitstellung von Eigenmitteln selbst langjährige Mitgliedstaaten die Mittel kaum einmal in voller Höhe abrufen können, geschweige denn Polen im ersten Beitrittsjahr, handelt es sich faktisch um Gelder, die anders nicht zur Verfügung stehen würden. Nun wird es 2004 von der polnischen Finanzpolitik abhängen, ob diese Milliarde im Haushaltsloch verschwindet oder sinnvoll für Investitionen, zumal für landwirtschaftliche Reformen, Verwendung findet.

Im übrigen gab Premier Miller auf dem Kopenhagener Gipfel einen Vorgesmack polnischer Interessenwahrnehmung als künftiges Mitglied der Europäischen Union mit immerhin 27 Stimmen im Rat und 57 Stimmen im Europäischen Parlament. Gegen die EU-Skeptiker im eigenen Land, die das Gespenst einer Mitgliedschaft zweiter oder gar dritter Klasse beschwören, wodurch Polen angeblich zu einem Spielball westlicher Machtinteressen würde, hat Leszek Miller mit seiner Durchsetzungskraft den Beweis geliefert, daß Polen sehr selbstbewußt als gleichberechtigter Partner aufzutreten weiß. Und die Regierung hat dies, sehr zum Ärger von Frankreich und Deutschland, ein weiteres Mal durch die Unterzeichnung der die USA im Irakkonflikt unterstützenden Solidaritätserklärung der acht europäischen Regierungschefs deutlich unterstrichen.

#### Referenden – Ausdruck von Unzufriedenheit?

Der Irakkonflikt hat indes das weitere Procedere zur EU-Aufnahme der künftigen Mitgliedstaaten nicht behindert. Am 16. April 2003 wurden auf dem Athener Gipfel in einem feierlichen Akt die Beitrittsprotokolle aller zehn Kandidaten unterzeichnet. Nur einen Tag später bestimmte der Sejm den Termin des Referendums auf den 7./8. Juni. Die nach langer Debatte getroffene

Entscheidung, das Referendum an zwei Tagen jeweils von 6.00 bis 20.00 Uhr durchzuführen, war von der Sorge bestimmt, bei einem nur eintägigen Urnengang könnte die erforderliche Wahlbeteiligung von 50% verfehlt werden. In der gleichen Sejmsitzung wurde auch der Abstimmungstext festgelegt. Die Frage lautet: Geben Sie Ihr Einverständnis für den Beitritt der Republik Polen zur Europäischen Union? Sie kann mit «Ja» oder «Nein» beantwortet werden. Für Polens Bürger bleibt somit nur noch diese letzte Hürde, um am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beitreten zu können.

Mehr als eine Hoffnung ist dies angesichts der polnischen Erfahrungen mit Volksabstimmungen allerdings nicht. Wenn man auf lokaler Ebene mit Vertretern der Selbstverwaltungsorgane unzufrieden ist, versucht man häufig, sie durch ein Plebiszit abzuwählen. Dies hat in den vergangenen Jahren zu einer wahren Flut lokaler Referenden geführt. Und weil derlei Initiativen mit einer negativen Grundstimmung verbunden sind, werden Referenden vor allem mit der Möglichkeit assoziiert, nicht für, sondern gegen etwas zu sein.

In abgeschwächter Form gilt dies auch für landesweite Abstimmungen. Die letzte liegt sechs Jahre zurück. Im Mai 1997 waren Polens wahlberechtigte Bürger aufgerufen, ihr Votum über die neue Konstitution abzugeben, immerhin eine Angelegenheit von höchster Bedeutung. Die Wahlbeteiligung lag bei enttäuschenden 43%, und die Ja-Stimmen betragen gerade einmal 53%. Die Wahlanalyse belegte zudem, daß die Wahlbeteiligung dort, wo die Nein-Stimmen überwogen, deutlich über dem Landesdurchschnitt lag. Aus solchen Erfahrungen resultiert die Sorge, das bevorstehende EU-Referendum könnte durch diese vorgegebenen Verhaltensmuster entscheidend mitbestimmt werden, zumal die Verfassung eine Wahlbeteiligung von über 50% vorschreibt.<sup>2</sup>

#### Der Widerstand der EU-Gegner

Man brauchte sich in Polen keine Sorgen um den Ausgang des Referendums zu machen, gäbe es nicht starke Gruppierungen von EU-Gegnern. In dem aus den Wahlen vom 23. September 2001 hervorgegangenen neuen Sejm besitzen sie mit der «Samooobrona» und der «Liga Polnischer Familien» (LPR) eine parlamentarische Vertretung, die ihre Oppositionsrolle vor allem durch die Ablehnung des EU-Beitritts wahrnimmt. Und zählt man noch die Beitritts skeptiker in den Reihen der Bauernpartei (PSL) hinzu, dann dürfte es im Parlament über 30% EU-Gegner bzw. EU-Skeptiker geben. Sie werden vom landesweit sendenden «Radio Maryja» unter seinem kirchlich umstrittenen Direktor Pater Rydzik medienwirksam unterstützt, worin manche Kommentatoren eine ernste Gefährdung des Referendums sehen. Zwei Monate vor der Abstimmung kam es allerdings zwischen der eigens aus pastoraler Sorge um die Aktivitäten von «Radio Maryja» einberufenen Bischofskommission und den für den Sender zuständigen Redemptoristen zu einer Vereinbarung, wonach «Radio Maryja» gehalten ist, die Frage des EU-Beitritts Polens in Übereinstimmung mit der Haltung des Episkopats zu behandeln. Auch wenn P. Rydzik den Sender weiterhin als Organ der Beitrittsgegner nutzt, so konnten doch in letzter Zeit auch vereinzelt Beitrittsbefürworter in seinen Sendungen zu Wort kommen.

Gut drei Monate vor dem Referendum ist sein Ausgang durch das Ende der Koalitionsregierung noch um einiges unsicherer geworden. Am 27. Februar 2003 hatte die Bauernpartei, der Koalitionspartner des Linksbündnisses, der Stimmungslage in der Bevölkerung entsprochen und gegen das Gesetz zur Einführung einer Maut gestimmt. Damit war Millers Plan, auf diese Weise die erforderlichen Eigenmittel für den von der EU geförderten Ausbau des Straßennetzes sicherzustellen, vorerst gescheitert. Er entließ daraufhin die beiden von der Bauernpartei gestellten Minister, um nun ohne eine gesicherte Parlamentsmehrheit weiterzuregieren.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu A.K. Piasecki, Przeciw Unii, przeciw rządowi (Gegen die Union, gegen die Regierung). Tygodnik Powszechny 7/2003, S. 4.

Millers Kalkül, die Bauernpartei mit ihrem Reservoir potentieller EU-Gegner in die Regierung einzubinden und dieses dadurch zu neutralisieren, ist kurz vor dem Referendum nicht aufgegangen. Damit beschwor Millers Minderheitsregierung die Gefahr herauf, daß die Bauernpartei ähnlich wie Leppers «Samoobrona» den Protest der Landwirte verstärken werde und die Opposition das Referendum zur Abstrafung der Regierung nutzen könnte. Die PSL droht denn auch damit, das Referendum nur dann zu unterstützen, wenn der Sejm die im Interesse ihrer Klientel liegenden Gesetze zur Aufstockung der Direktbeihilfen aus dem Staatshaushalt und zur Produktion von Biokraftstoff verabschiedet. Mit diesen schwer erfüllbaren Forderungen treibt die Bauernpartei jedenfalls mit der Zukunft Polens ein äußerst gewagtes Spiel.

Besorgnis weckt auch, daß der Popularitätsgrad der Regierung Miller angesichts der wirtschaftlich und sozial prekären Verhältnisse im Lande deutlich unter die 30%-Marke abgesunken ist. Besserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Eine Korruptionsaffäre, die sich bis in höchste politische Kreise erstreckt, belastet nicht nur das Image der Regierung, sondern fördert die ohnehin verbreitete Politikverdrossenheit in der Gesellschaft. Zudem zeigen sich innerhalb der Regierung Auflösungserscheinungen. So sind im April zwei Minister auf eigenen Wunsch aus der Regierung ausgeschieden. In der Wirtschaftspolitik vertreten der Finanzminister und sein für Wirtschaft und Arbeit zuständiger Kollege gegensätzliche Positionen. Zu allem Überflus ist auch das Verhältnis zwischen Premier Miller und Präsident Kwaśniewski äußerst gespannt. Der «Tygodnik Powszechny» kommentiert: «Wozu braucht Polen eine Regierung, die nicht in der Lage ist, etwas Positives in den für sie allerwichtigsten Bereichen zustande zu bringen?»<sup>3</sup> In beiderseitiger Abstimmung haben sich Premier und Präsident zur Bewältigung der Krise für vorgezogene Parlamentswahlen entschieden, die nach dem Referendum am 13. Juni, parallel zu den Europawahlen, stattfinden sollen. Ob freilich mit Neuwahlen eine politische Stabilisierung erreicht wird, ist mehr als fraglich. Die Opposition mit zwei populistischen Gruppierungen und einem zerstrittenen Mitte-Rechts-Spektrum erscheint kaum als regierungsfähig. Ihr mangelt es personell wie organisatorisch und programmatisch an einer Alternative. So wird wahrscheinlich die regierende Linke wiederum zur Macht gelangen, und die drängenden Finanz-, Wirtschafts- und Sozialprobleme werden vermutlich weiterhin ungelöst bleiben. All dies ist keine günstige Voraussetzung für einen positiven Ausgang des Referendums und beeinträchtigt die Startbedingungen Polens als Mitglied der Europäischen Union.

Und nimmt man noch die in der Gesellschaft, zumal unter der älteren Generation, verbreiteten nostalgischen Tendenzen hinzu, denen zufolge sich die Transformationsverlierer nach dem kommunistischen Versorgungsstaat zurücksehnen und somit nicht nur der jetzigen Regierung, sondern dem demokratischen System als solchem skeptisch gegenüberstehen, dann ergibt sich ein Gemisch politischer Stimmungen, das die erforderliche 50%-Beteiligung am Referendum ernstlich gefährden könnte. Die EU-Gegner wissen im übrigen die in der Bevölkerung, zumal auf dem Land, verbreiteten Ängste vor einer ungewissen Zukunft sehr wohl zu nutzen. Bereits heute haben es Polens Bauern schwer, angesichts preisgünstiger ausländischer Waren ihre Produkte auf dem polnischen Markt abzusetzen, so daß ihre Sorge durchaus berechtigt ist, sie würden bald nach dem EU-Beitritt von der Konkurrenz ihrer gut subventionierten westlichen Berufskollegen erdrückt und das ohnehin gewaltige Heer an Arbeitslosen um Hunderttausende vermehren. An dieser Befürchtung hat das von Miller auf dem Kopenhagener Gipfel erzielte Verhandlungsergebnis nichts geändert, wie die von Leppers «Samoobrona» organisierten, mit gewaltsamen Ausschreitungen verbundenen Straßenblockaden zeigen. Überhaupt bietet die mit über 18% gefährlich hohe Arbeitslosigkeit den EU-Gegnern ein willkommenes Argument. Mit dem Beitritt zur EU und

<sup>3</sup>J.A. Majcharek, Karesy i frazesy (Umgarnungen und Phrasen). Tygodnik Powszechny 15/2003.

der dann zu erwartenden weiteren Liberalisierung des Arbeitsmarktes würde sich, so ihre Befürchtung, die Schere zwischen Arm und Reich noch mehr öffnen, die Solidarität in der Gesellschaft ab- und die Verelendung zunehmen. Und durch die Macht westlichen, zumal deutschen Kapitals käme es zu einem nationalen Ausverkauf, durch den die Polen letztlich nicht mehr die Herren im eigenen Lande wären. Trotz der vereinbarten Übergangsfristen würde der einem jeden Polen heilige Boden, den die Vorfäter einst mit Zähnen und Klauen verteidigten, über kurz oder lang in fremde Hände übergehen. Dabei verweisen die EU-Gegner auf die in jedem Schulbuch verzeichnete Geschichte von Ślimak, der sich seinerzeit den preußischen Landkäufen mit Hartnäckigkeit und Phantasie widersetzte. Nur wer derlei Assoziationsmuster kennt, vermag die Wirkkraft von Aussagen einzuschätzen wie die des der «Liga» angehörenden Sejmabgeordneten Zygmunt Wrzodak: «Einen Handel mit Land, mit unserer Mutter Erde, darf es überhaupt nicht geben... Diese polnische Erde ist gesättigt mit polnischem Blut. Und wir verkaufen sie heute den Deutschen, die polnisches Blut vergessen haben. Das ist schlicht und einfach ein politisches Verbrechen.»<sup>4</sup>

Die EU-Gegner sind auch im Internet vertreten, und dies weit häufiger als die EU-Befürworter. Bedenkt man, daß das Internet in Polen von bis zu 80% der Altersgruppe bis zu 20 Jahren genutzt wird, dann ist diese Präsenz kaum zu unterschätzen. Was sich dort allerdings an Argumenten findet, ist an Absurdität kaum zu überbieten: die Union wird einmal als «Eurokolchosa», ein anderes Mal als «Viertes Reich» bezeichnet, das statt der Flagge mit den Sternen besser ein «Hakenkreuz» tragen sollte. Würde man der EU beitreten, dann käme dieser Schritt einer «fünften Teilung Polens» gleich. Der «Europäer» wird mit Euthanasie, Homo-Ehe, Drogen und Genmanipulation assoziiert. Derlei Aussagen sind alles andere als eine sachliche Information, dafür aber bestens geeignet, Ressentiments gegen die Europäische Union zu wecken.<sup>5</sup>

#### Unsichere Prognosen

Könnte man den Prognosen trauen, dann wären Befürchtungen über einen negativen Ausgang des Referendums unbegründet. Nach einer landesweiten Umfrage vom März 2003 sprechen sich immerhin 66% der wahlberechtigten Bürger, die beabsichtigen, am Referendum teilzunehmen, für die Aufnahme Polens in die EU aus. Auch die erforderliche Wahlbeteiligung von über 50% scheint demnach gesichert.

Es fragt sich allerdings, wie verlässlich diese Daten sind. Anders als in Deutschland, wo in der Regel Wahlprognosen fast haargenau das Ergebnis vorhersagen, klafft in Polen zwischen Vorhersage und Endergebnis eine beträchtliche Lücke. So listete beispielsweise die regierungsnahen «Rzeczpospolita» die «Angaben über die erklärte und tatsächliche Frequenz in den Wahlen der letzten Jahre auf. In den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2000 war die wirkliche Wahlbeteiligung um 12% niedriger als die deklarierte. In den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen 2002 lag sie um 14% unter der Prognose, und bezüglich der Parlamentswahlen erwiesen sich bis zu 18% der Angaben als falsch. Als sei dies noch nicht genug, erklärten 18% nach (!) den letzten Wahlen, sie hätten an ihnen teilgenommen, während sie an diesem Tag die Wahlurne bestenfalls im Fernsehen zu Gesicht bekommen hatten.»<sup>6</sup>

Zudem gibt es zwischen Wählern mit höherer und solchen mit niedriger Bildung sowie zwischen der Stadt- und Landbevölkerung

<sup>4</sup>Vgl. Wprost vom 25. November 2001, S. 21. Das dort abgedruckte Zitat wurde einer von «Plus Trójka» ausgestrahlten Radiosendung vom 5. November 2001 entnommen.

<sup>5</sup>Vgl. M. Karpiński, W polskim Internecie triumfy święca przeciwnicy integracji z Unią Europejską (Im polnischen Internet feiern die Gegner einer Integration in die Europäische Union Triumphe). Wprost vom 20. Oktober 2002, S. 72ff. Dort finden sich auch Internetadressen von EU-Gegnern.

<sup>6</sup>A. Kaczmarczyk, Niespokojny sen euroentuzjasty (Unruhiger Schlaf eines Euroenthusiasten). Tygodnik Powszechny 1/2003, S. 5.

rung erhebliche Unterschiede im Wahlverhalten. So sprachen sich für einen Beitritt Polens zur EU in den Großstädten 75% aus, darunter 89% mit höherer Bildung. Dagegen wollen 44% der Bürger, die nur eine Volksschule besucht haben, dem Referendum fernbleiben, und 50% der Dorfbewohner äußerten, den EU-Beitritt ablehnen zu wollen. Der Kommentator zieht daraus den Schluß, daß die vornehmlich auf die Stadtbevölkerung mit höherer Bildung zielende Informationspolitik weitgehend ins Leere läuft.

### Die kirchliche Sicht – ein Europa als Wertegemeinschaft

Auch wenn der gesellschaftspolitische Einfluß von Polens katholischer Kirche gemeinhin überschätzt wird und, wie die neunziger Jahre gezeigt haben, die Bevölkerung keineswegs geneigt ist, politischen Empfehlungen der Bischöfe immer Folge zu leisten, so behält doch die Stimme der Kirche für den Ausgang des Referendums ihr Gewicht. Es bedurfte eines längeren innerkirchlichen Klärungsprozesses, ehe sich der polnische Episkopat zu einer grundsätzlich positiven Einstellung zu einem EU-Beitritt durchgerungen hatte. Dabei hat die Kirche den politischen Umbruch der Jahre 1989/1990 durchaus als Chance zu einer «Rückkehr nach Europa» begrüßt. Doch die Zugehörigkeit zu Europa impliziert nicht ohne weiteres eine Aufnahme in die Europäische Union. Schließlich gehören ihr auch die Schweiz und Norwegen nicht an, und niemand bezweifelt deren Zugehörigkeit zu Europa. Polens Bischöfe sahen und sehen in Europa vor allem eine Wertegemeinschaft, die ihnen angesichts bestimmter Entwicklungen innerhalb der EU mehr bedroht als gesichert erscheint. So äußerte sich Primas Glemp noch 1995 während eines Auslandsaufenthaltes in London mit deutlicher Skepsis: «Sollen wir einem imaginären Europa beitreten, mit legalisierter Abtreibung, mit Verletzung der Prinzipien des Christentums, mit Geringschätzung von Ehe und Familie? Stehen derlei Bedingungen nicht im Widerspruch zu unserer Unabhängigkeit, unserer Identität?»<sup>7</sup> Was Polens Bischöfe irritiert, ist der im Westen fortschreitende Prozeß einer Säkularisierung, in dem sie auch für Polen eine Bedrohung des kirchlichen Lebens und der nationalen Identität sehen. Die Frage ist jedoch, ob der mit einer Entkirchlichung einhergehende Säkularisierungsprozeß mit der europäischen Integration in einem unmittelbaren Zusammenhang steht oder im Grunde von diesem unabhängig verläuft, so daß die Verweigerung eines EU-Beitritts keine Garantie bietet, von ihm verschont zu bleiben. Wenn aber eine Abschottung gegen negative westliche Einflüsse kaum als möglich erscheint, dann bleibt als Alternative nur, im Säkularisierungsprozeß eine Herausforderung zu sehen und gemeinsam mit den anderen europäischen Kirchen in einer zwischenkirchlich abgestimmten Strategie darauf zu reagieren.<sup>8</sup>

Der in diese Richtung verlaufende Klärungsprozeß der letzten Jahre war im übrigen von zahlreichen Gesprächen mit deutschen Bischöfen begleitet, vor allem mit dem Hildesheimer Ordinarius Josef Homeyer, der seit 1989 den deutschen Episkopat in der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (Comece) vertritt und seit 1993 ihr Präsident ist. Aufgrund dieser zwischenkirchlichen Zusammenarbeit kam es 1997 erstmals zu einem Besuch einer Delegation des Polnischen Episkopats unter Leitung von Primas Glemp und Erzbischof Muszyński bei der Brüsseler Kommission. In verschiedenen Gesprächen mit Kommissaren und Direktionsleitern gewann sie den Eindruck, daß die Brüsseler Behörde keineswegs ein Europa seelenloser Technokratie wünscht, sondern eine auf universalen Werten basierende Union, in der – gemäß dem Amsterdamer Vertrag – auch den Kirchen eine unverzichtbare Rolle zukommt. Gerade angesichts des Verfalls traditioneller sozialer Bindungen innerhalb der europäischen Gesellschaften sehe man

in den Kirchen wertvolle Partner einer gemeinsamen Sorge um die Identität Europas. Die damaligen Gespräche zerstreuten manche bisherigen Bedenken und brachten den Durchbruch zu einer positiveren Einstellung der Bischöfe zu einem EU-Beitritt ihres Landes. Gegenüber den kirchlichen Integrationsgegnern, die mit «Radio Maryja» ein einflußreiches Sprachrohr besitzen, betonen sie seitdem, daß das Schüren von Ängsten mit dem missionarischen Auftrag der Kirche unvereinbar sei. Die Sendung der Kirche erfordere es, in die bedrohte Welt zu gehen und die Europäische Union als «große Herausforderung für das Christentum» anzunehmen.<sup>9</sup>

Das Dokument des Polnischen Episkopats zur Integration in die Europäische Union vom 21. März 2002<sup>10</sup> faßt den Standpunkt der Bischöfe zusammen und beschreibt die sich stellenden Aufgaben. Die Bischöfe sehen ihre vorrangige Sorge in der Bewahrung der christlichen Tradition und Identität ihres Landes. Ihnen ist allerdings auch bewußt, daß andere Völker Europas ihre eigene, nicht in gleicher Weise christlich geprägte Identität besitzen, die es gleichfalls zu respektieren gilt, und daß über die Gestalt des künftigen Europas alle Völker das Recht auf Mitentscheidung besitzen. Polens Kirche weiß somit durchaus um die Grenzen ihrer Einflußmöglichkeiten, doch ist sie zugleich willens, diesen Spielraum «unter Beachtung eines weltanschaulichen Pluralismus des gemeinsamen Europa» zu nutzen, «um mit einem neuen Impuls die reiche kulturelle, religiöse und geistige «Mitgift» unserer Nation zu wahren, zu vertiefen und in das neue Jahrtausend zu überführen» sowie möglichst «mit anderen Völkern unseres Kontinents zu teilen».

Unter Hinweis auf die Grundrechtecharta der Union bedauern es Polens Hirten jedoch, «daß in ihr jede direkte Berufung auf die Religion und damit auch auf das Christentum» fehlt. Sie erwarten, «daß in einer künftigen europäischen Verfassung der Bezug auf Gott Eingang findet, der für gläubige Menschen immer der letzte Grund für die Existenz von Grundwerten, einer religiös-moralischen und gesellschaftlichen Ordnung bildet». Im einzelnen drängen sie auf die volle Garantie des fundamentalen Lebensrechts jeder Person vom Augenblick der Empfängnis bis zu ihrem natürlichen Tod, auf die Respektierung der Ehe als dauerhafte Verbindung von Mann und Frau sowie auf den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft und fordern einen gesicherten Rechtsstatus der Religionsfreiheit, einschließlich der Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Gegen Ende ihres Textes kommen Polens Bischöfe auf die mit den wirtschaftlichen Anpassungsprozessen verbundenen sozialen Folgen zu sprechen, «die besonders in der Landwirtschaft Opfer und Verzicht erfordern». Sie appellieren an alle von den schmerzlichen Folgen Betroffenen, besonders an Bauern und Arbeitslose, nicht der Resignation zu verfallen und «nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten Initiativen zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten zu ergreifen». Von den Politikern erwarten sie, daß die Kosten der Reformen nicht zu Lasten der Ärmsten der Armen gehen.

Am 2. Mai 2003 verabschiedeten Polens Bischöfe das seit langem erwartete Hirtenwort zum EU-Beitritt, das am 1. Juni, am Sonntag vor dem Referendum, in den Kirchen zur Verlesung kommen soll. Darin betonen sie die Wichtigkeit der Entscheidung, vor die sich die polnische Nation gestellt sieht. «Daher soll jeder Pole, um so mehr der gläubige Mensch, im Bewußtsein der Verantwortung für die Zukunft und den gebührenden Platz unseres Vaterlandes in der Familie der europäischen Völker an dem Referendum teilnehmen.» Bei seiner Stimmabgabe soll sich der Gläubige von seinem «vom Glauben geprägten Gewissen sowie von den sich aus ihm ergebenden objektiven moralischen Krite-

<sup>7</sup> Vgl. die entsprechende Aussage von Primas Glemp in: Rola Kościoła, Katolickiego Wprocesie Integracji Europejskiej. Gliwice 2001, S. 10.

<sup>10</sup> Pasterze Europy (Hirten Europas). Dokument Episkopatu Polski o integracji z UE. Tygodnik Powszechny vom 31. März 2002. Welche Bedeutung die Polnische Bischofskonferenz diesem Dokument beimißt, ist daran ersichtlich, daß sie den Text fast zeitgleich in englischer, französischer, deutscher und italienischer Sprache veröffentlicht hat. Vgl. Documentation Catholique vom 2. Juni 2002, S. 525–528.

<sup>7</sup> Kościół – Polska – Unia Europejska, Gliwice o. J., S. 3.

<sup>8</sup> Zum Säkularisierungsprozeß als kirchliche Herausforderung vgl. Erzbischof Alfons Nossol, Beitrag der Kirchen zum Aufbau Europas als «Gemeinschaft des Geistes», in: Studia Oecumenica 1/2001, S. 9–20.

rien» leiten lassen. Wenngleich der Grundtenor des Hirtenwortes eine Befürwortung des EU-Beitritts nahelegt, so vermeiden die Bischöfe doch jede direkte Wahlempfehlung. Sie vermerken ausdrücklich, daß sich «aus dem katholischen Glauben als solchem bezüglich des Referendums keine Positionen unmittelbar ableiten lassen». Die Bischöfe seien «daher bemüht, die unterschiedlichen Standpunkte, Beunruhigungen sowie Kritik zu verstehen». Auch könne «die Antwort auf die im Referendum gestellte Frage nicht unter der Kategorie der Sünde betrachtet werden...» An diesen Aussagen ist deutlich erkennbar, daß Polens Bischöfe keineswegs *una voce* für einen EU-Beitritt ihres Landes eintreten und in dieser Frage eine innerkirchliche Polarisierung vermeiden möchten.

### Die Einstellung des Klerus zum EU-Beitritt

Im übrigen belegen Umfragen diese Gegensätzlichkeit der Auffassungen. Treffend titelte der «Tygodnik Powszechny» die Präsentation bischöflicher Stellungnahmen mit «Skeptische Enthusiasten».<sup>11</sup> Einige Bischöfe hatten sich an der Befragung erst gar nicht beteiligt, weil sie «gegen einen Beitritt waren, dies aber nicht öffentlich äußern wollten». Vorsorglich verwahrte man sich gegen eine Politisierung der Ergebnisse, die zu einer «Spaltung des polnischen Episkopats in jene, die mit «Ja», und jene, die mit «Nein» stimmen», führen könnte.

Die Skeptiker unter den Bischöfen betonen vor allem die Gefahren westlicher Säkularisierung, in deren Folge unverzichtbare Grundwerte in Frage gestellt würden. Sie haben daher die Sorge, mit Aufnahme in die Europäische Union könnte der politische Druck auf Polen wachsen, sich in Fragen des Lebensrechts und anderer moralisch relevanter Probleme der westlichen Gesetzgebung anzugleichen. Zumal unter den Bischöfen aus ländlichen Regionen überwiegen angesichts der hohen Arbeitslosigkeit die skeptischen Stimmen. Wenn sich auch die Mehrzahl der Ordinarien als EU-Befürworter zu erkennen gibt, so ist doch die Zahl an Bedenkenträgern nicht unbeträchtlich, und einige von ihnen scheuen sich nicht, öffentlich dazu aufzufordern, am Tag des Referendums mit «Nein» zu stimmen. So erklärte der eng mit «Radio Maryja» verbundene Weihbischof Frankowski aus der ländlichen Diözese Sandomierz am 9. März 2003 in seiner Wallfahrtspredigt vor Bauern in Tschenstochau: «Nein! Angesichts der Gottlosigkeit in der Europäischen Union. Keine Abgabe von Land in fremde Hände! Ergeben wir uns nicht denen, die uns schaden. Unsere Aufgabe ist es, am Referendum im Juni teilzunehmen. Doch wenn es für Gott in der Union keinen Platz gibt, dann kann es dort auch für mich keinen Platz geben.»<sup>12</sup>

Bei einer im Herbst 2002 landesweit durchgeführten repräsentativen Befragung von 600 polnischen Weltgeistlichen<sup>13</sup> wurde auch deren Einstellung zum EU-Beitritt ermittelt. «Fast alle (96%) erklärten ihre Bereitschaft, am Referendum teilzunehmen. 59% sprachen sich für ein «Ja» zur Integration aus, 25% für ein «Nein.» Vergleicht man dieses Ergebnis mit einer Umfrage aus dem Jahr 1998, dann zeigt sich ein Rückgang der EU-Befürworter unter den Geistlichen um immerhin 25%. Auch gegenüber den Anhängern der Integration unter der übrigen Bevölkerung liegt ihr Anteil um 9% niedriger. Die Kommentatoren erklären dies damit, daß die Mehrzahl der Priester in Dörfern (55%) und Kleinstädten (20%) tätig ist und dort, ähnlich wie die Bischöfe aus ländlichen Gebieten, besonders stark mit den sozialen Problemen der Verlierer der Reformprozesse konfrontiert werden.

Die überwiegende Mehrheit der Priester ist der Auffassung, daß vor allem Polen selbst die Kosten der Erweiterung zu tragen habe und sich die Mitgliedstaaten der EU mehr von Interessen als von Werten leiten lassen. Polen würde zu einem «Mitglied zweiter Klasse» (61%). Mit ihren Bischöfen teilen die Priester die Sorge,

es könne in moralischen Fragen durch politischen Druck der EU zu einschneidenden Gesetzesänderungen kommen. Gegenüber dieser Skepsis schlägt positiv zu Buche, daß der polnische Klerus mit dem EU-Beitritt Verbesserungen der geopolitischen Situation, der internationalen Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit erwartet und lediglich 8% der EU-Gegner der Überzeugung sind, es wäre für Polen vorteilhafter, der Union nicht beizutreten. Offenbar fehlt es an einer sinnvollen Alternative.

### Streit um eine «*invocatio Dei*»

In einem ausführlichen Beitrag<sup>14</sup> setzt sich der Vertreter Polens in der ComECE, der Gnesener Erzbischof Henryk Muszyński, kritisch mit der als Basis einer künftigen europäischen Verfassung anzusehenden Grundrechtecharta auseinander. Er bemängelt an ihr den unzureichenden Stellenwert von Religion, Christentum und Kirchen. Der in der Präambel enthaltene Bezug auf das «religiös-geistige Erbe» Europas beziehe sich lediglich auf die Vergangenheit und besage nichts über dessen gegenwärtige Bedeutung; zudem besitze die Präambel keine gesetzlich bindende Kraft.

Der Erzbischof spricht sich dafür aus, im Rahmen des Konvents «die Diskussion um die *invocatio Dei* in der Präambel einer künftigen europäischen Verfassung nicht als erledigt zu betrachten». Zur Begründung führt er an: «Gott ist, und bleibt für immer der letzte Garant aller Werte. Die Verantwortung vor Gott ist die allerbeste Sicherung der Verantwortung vor der Geschichte und vor den Menschen.» Muszyński weiß natürlich, daß seine Auffassung in der EU nicht konsensfähig ist, und ergänzt entsprechend: «Wem die Gnade des Glaubens fehlt, der muß sich mit dem irdischen Glauben an die Verwirklichung des Gemeinwohls, an die natürlichen Fähigkeiten des Menschen sowie an die großen Handlungsmöglichkeiten zufriedengeben, welche die Gesellschaft und die auf der Achtung der Würde eines jeden Menschen basierenden demokratischen Strukturen bieten.» Die Lösung sieht Polens Vertreter in der ComECE in einem Kompromiß, wie er sich in der polnischen Verfassung findet, die in ihrer Präambel eine *invocatio Dei* als «Quelle der Wahrheit, der Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen» enthält und im gleichen Atemzug jene erwähnt, «die diesen Glauben nicht teilen und diese universalen Werte aus anderen Quellen herleiten».

Das polnische Beharren auf einer *invocatio Dei* in einer künftigen europäischen Verfassung verweist auf tiefgreifende Unterschiede geschichtlicher Erfahrung zwischen Polen und den westlichen EU-Staaten. Während in Polen – wie Muszyński ausführt – «in der Epoche der Teilungen und zweier gottloser totalitärer Systeme des 20. Jahrhunderts der christliche Glaube das Hauptelement der Polen verbindenden Einheit war», sehen westliche Staaten, allen voran Frankreich, in den gegen den teilweisen Widerstand der römischen Kirche erkämpften Menschen- und Bürgerrechten eine Frucht der Französischen Revolution und der Aufklärung. Laizistische und religiöse Begründungen von Grundwerten stehen damit in einem scharfen Kontrast. Ein Kompromiß einer an der Präambel zur polnischen Konstitution orientierten Formel, wie er auch von den Vertretern der europäischen Volkspartei im Konvent vorgeschlagen wird, findet beim Vorsitzenden, dem ehemaligen französischen Präsidenten Giscard d'Estaing, indes keine Zustimmung.

Sollte es wirklich zu einem rein laizistischen Verfassungsentwurf kommen, dann dürften sich die national-katholischen EU-Gegner um «Radio Maryja» in ihrer Auffassung bestärkt fühlen, Polens EU-Beitritt käme der Aufnahme in einen Bund von Gottlosen gleich,

### Kommt es zu einer Liberalisierung des Abtreibungsverbots?

Anfang 2003 sorgte Marek Dyduch, Generalsekretär des regierenden Linksbündnisses, für Aufregung, indem er für die Zeit

<sup>11</sup> Sceptyczni entuzjaści. Tygodnik Powszechny 9/2003, S. 8–10.

<sup>12</sup> M. Zając, Quo vadis? Do Europy! (Quo vadis? Nach Europa!). Tygodnik Powszechny 12/2003, S. 18.

<sup>13</sup> M. Okoński, Duchowni AD 2002 (Geistliche anno Domini 2002). Tygodnik Powszechny 3/2003, S. 11.

<sup>14</sup> H. Muszyński, Pytania o dusze Europy (Fragen nach Europas Seele). Tygodnik Powszechny 2/2002, S. 1, 10.

nach dem Referendum eine Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung in Aussicht stellte und wörtlich erklärte: «Wir sagen das bereits heute, damit sich die katholische Kirche nicht hintergangen fühlt, weil sie unsere Bemühungen um Integration in die EU unterstützt hat und wir uns nun gleich nach dem Referendum an die Liberalisierung des Abtreibungsrechts machen.»<sup>15</sup> Auch wenn Premier Miller und Präsident Kwaśniewski unverzüglich dementierten, so verhinderte ihr Einspruch dennoch nicht, daß ein mit viel Emotionen beladenes Problem Gegenstand der öffentlichen Debatte wurde, das Regierung wie Kirche aus den Auseinandersetzungen um einen EU-Beitritt Polens heraushalten wollten. Dadurch, daß Dyduch seine Initiative mit dem Referendum in einen direkten Zusammenhang brachte, konnten nunmehr die EU-Gegner aus dem national-katholischen Lager ihre Kampagne unter der Devise führen, ein Ja beim Referendum komme einem Einverständnis mit der Tötung Ungeborener gleich. Es versteht sich, daß auch die Kirche aufgeschreckt war und Stellung beziehen mußte.

Die Rechtslage in Polen erlaubt einen Schwangerschaftsabbruch nur dann, wenn Leben und Gesundheit der Schwangeren ernstlich bedroht sind, die Frau aufgrund einer Vergewaltigung schwanger wurde oder eine schwere und unheilbare Behinderung der Leibesfrucht vorliegt. Damit unterscheidet sich Polens Gesetzgebung erheblich von der der meisten EU-Staaten, die eine weitergehende Liberalisierung der Abtreibung vorsehen.

Das Vorpreschen des Generalsekretärs des SLD zeigt trotz der Dementis, daß es sich bei dem Einvernehmen zwischen Kirche und Staat in der Abtreibungsfrage um ein labiles Gleichgewicht handelt. So kann sich Dyduch auf starke Gruppierungen innerhalb seiner Partei sowie auf Umfragen stützen, die eine Mehrheit innerhalb der Bevölkerung für eine Liberalisierung ergeben. So hatten bereits im Februar 2002 prominente Persönlichkeiten wie die Nobelpreisträgerin Wisława Szymborska, die Literaturwissenschaftlerin Maria Janion und die Schauspielerin Krystyna Janda in dem an das Europäische Parlament gerichteten «Brief der 100 Frauen» Liberalisierungsforderungen erhoben und unterstellt, die Regierung habe sich die Unterstützung der Kirche in der Frage des EU-Beitritts mit der Zusage erkaufte, die Abtreibungsgesetzgebung nicht weiter zu liberalisieren.

Das Europäische Parlament hat auf den «Brief der 100 Frauen» zwar nicht direkt, wohl aber durch eine im Juli 2002 verabschiedete Resolution reagiert, welche eine Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung in den Beitrittsländern empfiehlt. Polens Bischöfe protestierten damals in scharfer Form, versäumten es aber – im Unterschied zu Malta – im Rahmen der Kopenhagener Abschlußverhandlungen eine die geltende Gesetzgebung gegenüber dem EU-Recht absichernde Klausel einzufordern. Möglicherweise hat sich der polnische Episkopat damit zufriedengegeben, daß moralische Fragen ohnehin in die alleinige Kompetenz der Mitgliedstaaten und nicht unter EU-Recht fallen. Zudem bestand ja auch aufgrund der Haltung der Regierung keine Veranlassung anzunehmen, die Liberalisierungsdebatte könne wieder aufleben und zu einer Änderung der Gesetzgebung führen.

Inzwischen ist sich der Episkopat dessen nicht mehr so sicher. Bemühungen, noch nach Abschluß der Beitrittsverhandlungen eine Garantieklausel zu erwirken, schlugen aus formalen Gründen fehl. In Absprache mit der Brüsseler Behörde wurde Polen lediglich die Möglichkeit einer einseitigen Erklärung bezüglich der Souveränität im Bereich der Werte, der Kultur und des Lebensschutzes zugesichert. Sie kann nach Ratifizierung des Abschlußvertrages durch die Mitgliedstaaten der EU diesem beigefügt werden, darf aber nicht gegen EU-Recht verstoßen. Die kirchlichen Befürchtungen sind damit allerdings nicht ausgeräumt. Ein erster Entwurf ist den Bischöfen zu allgemein. Am 18. Februar forderte der Ständige Rat der Polnischen Bischofskonferenz auf seiner Sitzung eine deutlichere Garantieerklärung,

die den «Schutz des menschlichen Lebens von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod, den Schutz der als dauerhafte Verbindung von Mann und Frau verstandenen Ehe sowie den Schutz der Familie als grundlegende Zelle der Gesellschaft» beinhaltet. Mit seiner Erklärung vom 11. April kam der Sejm, wenngleich in Form einer Kompromißformel, den Erwartungen der Kirche mit der Feststellung entgegen, «daß die polnische Gesetzgebung im moralischen Bereich des gesellschaftlichen Lebens, der Würde von Familie, Ehe und Erziehung sowie des Lebensschutzes keinen Beschränkungen durch internationale Regelungen unterliegt». Die Deklaration ist somit wenig konkret und läßt für Interpretationen einen ziemlichen Spielraum, ein Grund, warum sie von den EU-Gegnern innerhalb der Kirche als unzureichend abgelehnt wird. Bei der gesamten Problematik wird freilich übersehen, daß die Gefahr eines zunehmenden Liberalisierungsdrucks in der Abtreibungsfrage weniger von außen als vielmehr von innen kommen dürfte. Weder eine Klausel noch eine einseitige Erklärung bieten für alle Zukunft eine Garantie. Auch wenn sich Premier Miller und Präsident Kwaśniewski während der jetzigen Legislaturperiode an ihre Zusage halten mögen, so ist dies doch keine Festlegung für alle Zeiten. Bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen in einem künftigen Sejm könnte die geltende Abtreibungsgesetzgebung ganz unabhängig von der EU zur Disposition stehen. Es macht somit wenig Sinn, die Auseinandersetzung um den Lebensschutz der Ungeborenen im Kontext des Referendums zum *casus belli* zu machen.

Trotz der angeführten Bedenken und des nicht zu unterschätzenden öffentlichen Einflusses der EU-Gegner wird wohl eine Mehrheit der Polen am 7./8. Juni dem EU-Beitritt ihres Landes zustimmen. Mit der Rückgewinnung der Souveränität nach dem Ende kommunistischer Herrschaft und der für die Sicherheit Polens bedeutsamen Aufnahme in die NATO im März 1999 rückt mit dem EU-Beitritt nun auch das dritte Ziel polnischer Politik in greifbare Nähe. Doch aufgrund des Referendums liegt dieser Schritt, anders als bei den beiden vorangegangenen Zielen, nicht allein in der Macht der politischen Elite. Die Gesellschaft muß zustimmen, und die zeigt sich gespalten. In der öffentlichen Debatte vor dem Referendum haben sich zwei gegensätzliche Richtungen herauskristallisiert – eine national-traditionalistische, die durch einen EU-Beitritt die nationale Identität wie auch die nationalen Interessen gefährdet sieht, sowie eine proeuropäische, die sich von einer Aufnahme Polens in die Europäische Union einen Zuwachs an internationaler Bedeutung, entscheidende Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung sowie eine allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse verspricht. Aus dem Referendum mögen die Integrationsbefürworter siegreich hervorgehen, doch die Diskussion um das Für und Wider eines EU-Beitritts dürfte damit noch nicht beendet sein.

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

## Höherer Eigensinn

«Gottes Spurensucher» von Victor Conzemius

Nein, Hochglanzbiographien sind sie nicht – diese zwanzig Porträts des Kirchenhistorikers *Victor Conzemius*. Was der Autor vorlegt, zeichnet das Suchen und Versuchen, das Fragen und Hinterfragen von Männern und Frauen seit Beginn der Neuzeit nach.<sup>1</sup> Oftmals ist da dunkle, ja dunkelste Nacht. Dabei schälen sich in diesen Zeugnissen Psychogramme ausgeprägter Persönlichkeiten heraus, die nicht nur als Individualitäten fesseln, sondern auch als Protagonisten ihrer Ära, als dissidente Zeitgefährten vor allem. Die Einbettung in die Epoche, die vielfältige Verknüpfung mit dem historischen Umfeld gelingt Conzemius überzeugend. So formt sich mit diesen Lebensimpressionen ein

<sup>1</sup> Victor Conzemius, *Gottes Spurensucher. Zwanzig christliche Profile der Neuzeit*. Herder, Freiburg i.Br. 2002, 330 Seiten.

<sup>15</sup> Tygodnik Powszechny 1/2003, S. 1.

zelter Persönlichkeiten auch ein Bild der jeweiligen Zeitspanne mit ihren Auseinandersetzungen.

Aber auch die Porträts selbst sind spannend angelegt, entfalten sich mit ihren Impulsen, Damaskuserlebnissen, Gewissensdramen. Die Reihe der Porträts setzt mit Nikolaus von Flüe und Erasmus von Rotterdam ein und endet mit Madeleine Delbrél und Hans Urs von Balthasar. Dazwischen finden sich u.a. Darstellungen von John Henry Newman, Mutter Elisabeth Seton, John Lord Acton, Robert Schuman oder Otto Karrer, und auch ein Luigi Sturzo fehlt nicht, der in besonderem Maß die schwierige Allianz zwischen Politik und Kirche riskiert hat. So ist der Bogen weit gespannt: über verschiedene Länder und Nationalitäten, gesellschaftliche und bildungsmäßige Zugehörigkeiten hinweg. Dabei ist die Kategorie des Christlichen, ferner des Außerordentlichen, ja: des Heiligen nicht an Kanonisationen geknüpft. Entscheidend bleibt das Maß der Radikalität, mit der diese Menschen zu «Gottes Spurensuchern» geworden sind – in einer Welt, die dies nicht ohne weiteres zugelassen, vielleicht es sogar hintertrieben hat. Oft auch mußten diese Menschen in die Hölle hinuntersteigen. Mit fortschreitender Lektüre schält sich ein vielfältiges Katholizitäts-, Glaubens- und Gottesverständnis heraus, worin das Ethos der Wahrhaftigkeit ebenso Platz findet

wie die kosmopolitische Blickrichtung, die Solidarität mit den Benachteiligten, der demokratische Grundgedanke oder eine heilige Widerborstigkeit. Gerade diese läßt sich nicht zähmen, nicht unterkriegen: weder durch einen säkularisierten Staat noch durch eine erstarrte Kircheninstitution. Der «Glaube, der nicht schweigen kann», ist nicht nur als Titel, sondern gleichsam als Devise dem Porträt der Französin Madeleine Delbrél mitgegeben worden (und er könnte für manch anderen der Porträtierten stehen). Diese Frau hat das christliche Leben als «eine Gratwanderung zwischen zwei Abgründen» begriffen: «Der eine ist der ausmessbare Abgrund der Verwerfung Gottes durch die Welt. Der andere der unauslotbare Abgrund der Geheimnisse Gottes...» Die Menschen, deren Leben Victor Conzemius mit klaren Konturen nachzeichnet, haben in dieser Spannung gelebt und gewirkt. Oft genug sind sie «ausgesetzt auf den Bergen des Herzens» (Rilke) gewesen, bekämpft und umstritten, so daß sie sich kaum oder gar nicht in der Gunst der Mitwelt sonnen konnten. In aller Gefährtschaft mit Gleichgesinnten ist ihnen auch immer die Aura der Einsamkeit eigen gewesen. Daraus entsprang nicht nur eine Not, daraus haben sie auch Kraft bezogen. Wer sich auf die göttliche Spur begibt, wird dies letztlich ohne Publikum tun. *Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri b. Bern*

## Dreihundert Jahre St. Petersburg

Eine Stadt im fiktionalen Spiegel zweier Dichter

Sie stellten in der russischen Literaturlandschaft der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwei wegweisende Dichterpersönlichkeiten dar, die die wesentlichen lyrischen, epischen und dramatischen Sujetlinien in dem Grenzbereich von der Romantik zum Realismus schufen. Der eine, *Aleksandr Sergeevič Puškin* (1799–1837), legte mit seinen Poemen und Erzählungen den Grundstein für eine frührealistische Poetik, der andere, *Nikolaj Vasilevič Gogol* (1809–1852), der «Zar des russischen Lachens», verknüpfte in seinen bedeutendsten Werken, dem Roman «Die toten Seelen» und der Komödie «Der Revisor», eine satirische mit einer fantasmagorischen Sichtweise Rußlands. Beide perspektivischen Einstellungen fanden in der Prosa und in der Lyrik von *Nikolaj A. Nekrassov*, *Michail Saltykov-Šcedrin* und *Nikolaj S. Leskov* ihre Fortsetzung. Der aus einem alten russischen Adelsgeschlecht stammende Puškin wuchs in St. Petersburg und am Elitelyzeum Carskoe Selo (Zarendorf) in der Nähe der damaligen russischen Hauptstadt auf, der in einer ukrainischen Gutsbesitzerfamilie geborene Gogol gelangte 1829, nach dem Besuch eines Lyzeums, nach St. Petersburg, wo er eine Anstellung als kleiner Beamter fand. Seit 1830 veröffentlichte Gogol zunächst einige «Kleinrussische Novellen». Er machte die Bekanntschaft des Schriftstellers *Petr A. Pleinev*, der ihm nicht nur die Stelle eines Hauslehrers in adligen Familien vermittelte, sondern ihn auch am 20. Mai 1831 während einer Soirée mit Aleksandr Puškin bekannt machte. Seit dieser Zeit korrespondierten beide in einem Zeitraum von sechs Jahren miteinander. Dieser Briefwechsel – vier Briefe von Puškin, neun Episteln von Gogol – bildet, ergänzt durch öffentliche Äußerungen der Dichter und eine Reihe von Briefen von Zeitgenossen, den Gegenstand der neu erschienenen Publikation von Gogol's «Petersburger Jahre».<sup>1</sup>

### Korrespondenz Gogol – Puškin

In einer kurzen Vorbemerkung zu dem Band verweist der renommierte Übersetzer und Herausgeber *Peter Urban* auf die kulturelle Situation, in der die Literaten des «Goldenen Zeital-

ters» mit ihren markanten Werken ihrer Epoche den Stempel aufdrückten, obwohl die zaristischen Zensoren und Hofkritiker ihnen immer wieder mit Verboten und üblen Verrissen Steine in den Weg legten.

Der in Janson-Antiqua gesetzte Band beginnt in der «Geschichte in Briefen» mit einem bislang selten veröffentlichten Dokument. Die Beichte des Autors Gogol aus dem Jahre 1847 stellt eine Danksagung an Puškin dar, der ihm wesentliche Inspirationen zu den «Toten Seelen» gegeben hatte, einem Schlüsselwerk im Schaffen Gogol's, das zugleich Ausdruck einer tiefsitzenden, durch religiöse Einflüsse hervorgerufenen Lebenskrise war. Von der Hochachtung gegenüber dem russischen Nationaldichter sind auch die ersten Briefe Gogol's erfüllt. In einem erst 1835 veröffentlichten Aufsatz spricht er davon, daß Puškin «vielleicht, die einzige Erscheinung des russischen Geistes (ist); er ist in seiner Entwicklung ein russischer Mensch, wie er, ..., erst in zweihundert Jahren erscheinen wird. In ihm spiegelt sich die russische Natur, die russische Seele, die russische Sprache, der russische Charakter in solcher Reinheit, in solch makelloser Schönheit, wie sich eine Landschaft auf der gewölbten Oberfläche eines optischen Glases spiegelt.» (S. 25)

In solchen Formen der Anerkennung gegenüber dem zehn Jahre älteren Dichterkollegen sind die meisten Briefe bis zum Ende des Jahres 1833 abgefaßt, dann aber setzt sich in Gogol's Briefen auch an seine Dichterkollegen *Vasilij A. Žukovskij*, Fürst *Vladimir F. Odojevskij* wie auch an den Verleger *Michail P. Pogodin* eine selbstbewußtere Haltung gegenüber seinen Zeitgenossen durch. Gogol hat sich mit einer Reihe von grotesken Texten eine hohe literarische Anerkennung verschafft, was sich auch in einem Tagebuch-Eintrag bei Puškin vom 3. Dezember 1833 niederschlägt: «Gestern las Gogol mir ein Märchen vor, wie Iv. Iv sich zerstritt mit Iv. Timof., – sehr originell und sehr komisch.» (S. 38) Andererseits drängt es den begnadeten Erzähler und Dramatiker in die wissenschaftliche Laufbahn, ohne daß er dafür akademische Voraussetzungen besitzt. In einem Brief an Puškin spricht Gogol von Ambitionen auf einen Lehrstuhl in Moskau, dann in Kiev, wo er «die Geschichte der Ukraine und Südrusslands abschließen» (S. 39) will, ohne von diesen Vorhaben etwas einlösen zu können. Seine akademischen Wunschträume scheitern auch an der St. Petersburger Universität, wo er statt des außerplanmäßigen Professors nur die Stelle eines Adjunkten bekommen soll. Er lehnt ab,

<sup>1</sup> Gogol's Petersburger Jahre. Der Briefwechsel Gogol's mit Aleksandr Puškin. Eine Geschichte in Briefen, zusammengestellt und herausgegeben von Peter Urban. Friedenauer Presse, Berlin 2003. 96 S., Euro 14,50, Fr. 25.20.

da er dem staatlich eingesetzten Kurator augenscheinlich nicht genehm war, und deshalb will er auf bessere Zeiten warten. Stattdessen erwarten ihn die Auseinandersetzungen mit der Zensur, die ihn unter anderem auch zwingt, einige Passagen aus seinem Meisterwerk «Die Nase» zu verändern. Obwohl sich Puškin immer wieder für ihn einsetzt, er seine Novellen «Abende auf dem Vorwerk bei Dikan'ka» für den Almanach «Sovremennik» mit hohem Lob überschüttet, wird Gogol's psychische Lage immer bedrückender. Er ist davon überzeugt, daß sein «Revisor» ein Mißerfolg werden wird. In einem Brief an Michail P. Pogodin klagt er am 10. Mai 1836: «Ich reise ins Ausland, um dort die Schwermut zu vertreiben, in die mich meine Landsleute täglich stürzen. Ein gegenwärtiger Schriftsteller, ein komischer Schriftsteller, ein Schilderer der Sitten muß fern der Heimat bleiben. Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterland.» (S. 57) Und kurz vor seiner Abreise nach Frankreich begründet er an selbigen seine Flucht aus Rußland «mit der allgemeinen Ignoranz, die die Hauptstadt bewegt», mit der erbärmlichen Lage, in der «ein Schriftsteller sich bei uns befindet» (S. 58). Der Epilog besteht aus drei Briefen, die der exilierte Gogol' aus Rom an russische Freunde schreibt. Er setzt ein mit der Reaktion auf den schrecklichen Tod Puškins (29. Januar 1837). Gogol' spricht davon, daß sein eigenes Werk das Geschöpf Puškins gewesen sei, nunmehr habe er keine Kraft mehr, es fortzusetzen. In dem Brief an Michail P. Pogodin vom 30. März 1837 verstärkt sich seine Schwermut, die durch den unsinnigen Tod seines Freundes hervorgerufen wird. Trotzdem will er dem Wunsch Pogodins nicht folgen, nach Rußland zurückzukehren. Er will in der Fremde bleiben, obwohl er unentwegt «an unsere arme, trübe Welt, unsere schornsteinlosen Hütten» denken müsse, wolle er nicht «den überheblichen Stolz einer hirnlosen Klasse von Menschen» (S. 66) in seiner alten Heimat ertragen.

#### Literarische Blüte bei staatlicher Zensur

Die sorgfältig edierten Briefe, die der Gesamtausgabe der Werke von Puškin und Gogol' aus den 1940er Jahren ungekürzt entnommen sind, zeichnen einen bedeutsamen Ausschnitt aus der russischen Literaturgeschichte aus der Perspektive der betroffenen, in ihrem Handeln oft stark eingeschränkten Dichter nach. Im Gegensatz zu den dreizehn Episteln, die die beiden Dichter austauschten, sind in den Briefen, die befreundete Schriftsteller und Verleger an Gogol' und Puškin schreiben bzw. diese an sie adressieren, soweit gekürzt, daß lediglich der Bezug auf beide (oder einen von ihnen) Persönlichkeiten sichtbar wird. Im Ergebnis ist ein lebendiger Briefwechsel entstanden, in dem nicht nur die professionellen Dinge zur Sprache gebracht werden, sondern auch die seelischen Leiden, die Alltagskomik, die Willkür der Zensurbehörden mit dem Zaren an deren Spitze und nicht zuletzt die lächerlichen Urteile der voreingenommenen Literaturkritik ausführlich kommentiert werden. Für den deutschsprachigen Leser also eine willkommene Gelegenheit, sich über das literarische Leben im St. Petersburg des 19. Jahrhunderts aus der subjektiven Sicht von Dichtern zu informieren. Daß es sich kaum von der repressiven, oft tödlich-totalitären Atmosphäre der Stalinzeit im 20. Jahrhundert und dem dogmatisch-repressiven Treiben der Post-Stalinzeit unterscheidet, dürfte ein vergleichender Briefwechsel von *Aleksandr Solženitsyn* mit *Lev Kopelev* oder *Aleksandr Tvardovskij*, dem Herausgeber von «Novyj mir», in den 1970er Jahren eindrucksvoll dokumentieren. Es warten also noch viele spannende Briefwechsel auf uns!

#### Eine zynische Novelle Gogol's

Ebenfalls aus Anlaß des 300. Geburtstages von St. Petersburg erschien in der Neuübersetzung von Peter Urban in der Friedenauer Presse Gogol's Novelle «Die Nase»<sup>2</sup>. Die phantastische

<sup>2</sup> Nikolaj Gogol, Die Nase. Eine Petersburger Novelle nebst Entwürfen, dem Epilog der Erstveröffentlichung und einem «Nasen»-Fragment. Neu übersetzt und herausgegeben von Peter Urban. Mit vier Kaltnadel-Radierungen v. Horst Hussel. 104 S., Euro 14,50, Fr. 25,20.

Erzählung aus dem St. Petersburger Zyklus beeindruckte und empörte die Zeitgenossen Gogol's gleichermaßen. Kein Wunder, denn der Inhalt der ungläubwürdigen Begebenheit, die im III. Buch des Almanachs «Sovremennik» im Jahre 1836 erschien, gab den Vorwand zu den verrücktesten Vermutungen. Ein gewisser Kollegienassessor Kovalëv entdeckte eines Morgens zu seinem größten Erstaunen an der Stelle, wo ansonsten seine Nase hätte sein müssen, eine gänzlich glatte Hautfläche. Zur gleichen Zeit aber, und das ist das Unmögliche in dieser Affäre, fährt die Nase in höchstgelegener Person in einer Kutsche durch St. Petersburg und schreitet sogar in die Kazaner Kathedrale zum Gebet. Man stelle sich dies vor, und das am 25. März, zu Mariä Himmelfahrt. Kovalëv folgt ihr und stellt mit immer größerem Respekt fest, daß sich seine Nase in einen Staatsrat verwandelt hat. Er verliert ihre Spur, will sie wiederfinden, weshalb er im Städtischen Anzeiger eine Verlustmeldung aufgeben will. Die Bemühungen von Kovalëv, dem Zeitungsangestellten zu verdeutlichen, daß es sich bei dem Verlustobjekt um seine eigene Nase handelt, scheitern jedoch ebenso wie sein Versuch, einen Doktor der Medizin dazu zu bewegen, ihm eine neue Nase einzupflanzen. Mehr noch: auch die Heirat mit der Tochter einer gewissen Podtočina kommt nicht zustande, weil sich Kovalëv in einem Brief an deren Frau Mutter wegen seiner fehlenden Nase, die «in Gestalt eines Beamten» die Flucht ergriffen hätte, dermaßen in eine Bredouille bringt, daß die beleidigte Aleksandra Podtočina sich im Namen ihrer Tochter auf das Freundlichste empfiehlt. Es hätte noch viel tragischer ausgehen können, wenn nicht eines Morgens die Nase wieder an Ort und Stelle gewesen wäre, was den Major Kovalëv, wie er sich meist titulieren ließ, veranlaßte, sofort zu seinem Barbier Ivan Jakovlevič zu fahren, um sich triumphierend rasieren zu lassen, weil er fühlen wollte, wie ihn dieser an der Nase packte, ohne freilich zu ahnen, daß bei eben diesem Barbier diese Nase eines Morgens unverhofft und unerwartet in dem Brotteig seiner Gemahlin aufgetaucht war. Doch dieses Rätsel löste der Erzähler, sicherlich sehr zum Ärger seiner Leser, ebenso nicht, wie er die vielen anstößigen Bemerkungen und Erscheinungen in seiner Erzählung erläuterte, die den Grund dafür abgaben, daß die Kritikergarde fast einhellig diese «Schmutznovelle» ablehnte, obwohl sie Puškin im «Sovremennik» höchstpersönlich vorgestellt hatte.

Was war so anstößig an dieser Geschichte, die Gogol' nach deren Ablehnung durch die hauptstädtischen Kritiker noch einmal so überarbeitete, daß er, wie Peter Urban in seinem detaillierten und vergleichenden Nachwort schreibt, «alle auf einen (Alp-)traum hindeutenden phantastischen Elemente strich» (S. 82)? War es die «anstößige» Art, wie eine Nase, die auch eine Konnotation für ein unabhängig wirkendes Geschlechtsorgan sein konnte, in der Uniform eines Staatsrates durch St. Petersburg kutscherte? Oder bildete sie einen Affront gegen die Kirche, weil sie an einem orthodoxen Feiertag in der völlig leeren Kazaner Kathedrale am Nevskij-Prospekt betete? Oder stellte die Figur des Kovalëv, der sich unerlaubterweise Major titulieren ließ und Ordenszeichen trug, die ihm nicht zustanden, eine Verunglimpfung des zaristischen Armeewesens dar? Die Aussagen der bekanntesten Kritiker *Faddej V. Bulgarin* und *Osip-Julian Senkovskij*, soweit sie überhaupt rekonstruierbar sind, sind ebenso vage wie provokant, ohne den Kern der phantasmagorischen Erzählweise zu erfassen. Den deutete der bekannteste Kritiker der hauptstädtischen Szenerie, *Vissarion G. Belinskij*, erst in den 1840er Jahren an, als er Gogol's narratives Talent in eine Reihe mit den Romanen von *E.T.A. Hoffmann* stellte.

Wer sich nun auf den Pfad nach dem Ursprung der rätselhaften Nasen-Physiognomie im Werk Gogol's begibt, der möge unter der Anleitung von Peter Urban durch den Dschungel der Andeutungsmetaphorik bei *Vladimir V. Nabokov*, *Laurence Sterne*, *Miguel de Cervantes*, Fürst *Vladimir F. Odojevskij* oder auch bei *Daniel Charms* schreiten, ohne freilich das unauslotbare Unterbewußtsein eines Dichters ausleuchten zu können. Dies deuten auch die filigranen Radierungen von *Horst Hussel* an, der den Nasenerker der Hauptfigur mit vielerlei Assoziationen versieht,

unter denen vage Schleierbänder, gewaltige Trompeten oder auch clowneske Kreise besonders auffallen. Sie illustrieren ein Bändchen, das durch eine philologisch sorgfältige Übertragung aus dem Russischen, die editorisch ausgereifte Publikationsgeschichte, den Anmerkungsapparat, den Abdruck des ersten Fragments und durch den Epilog der Textfassung im «Sovremennik» aus dem Jahre 1836 besticht. Und nicht zuletzt zu einer Lektüre einlädt, bei der die Phantasie des Lesers nicht auf die Folter gespannt, sondern in die unwegsamen Tiefen der Komik geschleudert wird.

### Eine verwirrende Beziehungsgeschichte Puškins

Die gleichfalls von Peter Urban aus dem Russischen übertragene und mit einem Nachwort versehene Erzählung zeichnet sich weniger durch eine komisch-skurrile Erzählweise als durch eine nüchterne Ereignismetaphorik aus, die erst rund achtzig Jahre später als ein Merkmal des Puškinschen Stils erkannt und gewürdigt wurde.<sup>3</sup> Erst seit 1912 gehört nämlich die Geschichte vom «einsamen Häuschen» auf der Basilius-Insel im Nordwesten von St. Petersburg zum festen Bestandteil des Puškinschen Werkes. Bis dahin galt ein gewisser «Tit Kosmokratov», Mitglied des Staatsrates und von Beruf Diplomat, als Urheber der Erzählung. Doch dieser hatte, so Peter Urban in seinen Nachbemerkenungen, die teuflische Geschichte aus dem Munde von Puškin erfahren, sie danach aus dem Gedächtnis niedergeschrieben, dem Dichter im Hotel Demut zur Korrektur vorgelegt und danach, auf Bitten des Barons Anton A. Delvig, in den «Blumen des Nordens» zum Druck gegeben. Daß es sich tatsächlich um eine Puškinsche Erzählung handelte, wurde im Jahr 1922 bestätigt, als man den Entwurf einer Skizze mit dem Titel «Verliebter Teufel» fand. Aus diesen Aufzeichnungen stammen auch die in dem Bändchen abgedruckten sechs Handzeichnungen von Puškin. Wie verzwickelt die Einflußlinien, von dieser Teufelsskizze ausgehend, über französische und deutsche Textvorlagen<sup>4</sup>, ein russisches episches Gedicht aus dem 18. Jahrhundert bis zu den futuristischen Dichtern *Aleksej E. Krucenyč* und *Velimir Chlebnikov* in ihrem «Höllenspiel» (1908) reichen, zeigt Peter Urbans philologisch-detektivische Spurensuche wiederum eindrucksvoll.

Worum geht es in der teuflischen Geschichte? Vera, ein tadelloses Mädchen, lebt mit ihrer alten Mutter auf der Insel Basilius. Ihre Einsamkeit wird zuweilen unterbrochen durch die Besuche eines sehr entfernten Verwandten, den die Mutter gerne als Bräutigam für ihre Tochter auserkoren hätte, wenn, ja wenn der junge Pavel nicht in schlechte Gesellschaft geraten wäre. Er macht Schulden, als eine fragwürdige Gestalt mit Namen Varfolomej auftaucht. Sie schleicht sich in das Vertrauen aller drei. Bald hat er sich zum Herrn und Herrscher gemacht, der auch Vera gefügig macht. Es kommt zum Streit mit Pavel, der noch nicht erkennt, daß er es mit einer «überirdischen» Macht-Persönlichkeit zu tun hat. In dieser Stunde der Not macht er die Bekanntschaft einer Gräfin, die ihn wiederum in eine anrühige Gesellschaft einführt. Während eines Techtelmechtels mit der Gräfin taucht ein Unbekannter auf, der sich als der verschwundene Varfolomej erweist. Er verfolgt ihn, um nach einem Kampf mit einem Totenkopf in der Villa der Gräfin aufzuwachen, wo er erfährt, daß die gnädige Herrin das Zeitliche gesegnet habe. In der Zwischenzeit will der wieder aufgetauchte Varfolomej Vera verführen, während ihre Mutter bereits auf dem Totenbett liegt. Die Weigerung Veras bezahlt sie teuer: das Haus auf der Basilius-Insel brennt bis auf die Mauern ab. Vera wird ohnmächtig, Pavel taucht wieder auf, während der geheimnisvolle Unbekannte für immer verschwunden ist. Die Geschichte endet mit einer wenig märchenhaften

<sup>3</sup> Aleksandr Puškin. Das einsame Häuschen auf der Basilius-Insel. Eine erstmals ins Deutsche übertragene Novelle Puškins mit zahlreichen Zeichnungen des Autors und einem zeitgenössischen Plan von St. Petersburg. Übersetzt und herausgegeben von Peter Urban. Friedenaer Presse, Berlin 2003, 32 S., Euro 9,50, Fr. 17.10.

<sup>4</sup> Jacques Cazotte, *Le diable amoureux*, 1772; Friedrich Klinger, *Fausts Leben, Thaten und Höllenfahrt*, 1791.

Wendung. Vera wird wegen des Todes ihrer Mutter von Gewissensbissen befallen, sie weist Pavel zurück und stirbt bald darauf. Pavel verwandelt sich in einen Sonderling, der immer mehr von Wahnideen besessen ist. Mit seinem Tod endet die merkwürdige Geschichte, in der sich mündliche Überlieferung, die kunstvolle Form der phantastischen Erzählung und das frivole Spiel mit einer Teufelsfigur zu einem Text mischen, der einen in russischer Literatur immer wieder beliebten Erzählstrang bildet.

Die Ausgabe, der eine gefaltete Reproduktion des Stadtplans von Petropolis aus dem Jahre 1744 beiliegt, ist als eine kleine Rarität zu betrachten, in der sich manche Details der geheimnisumwobenen Stadtgeschichte von St. Petersburg wiederfinden lassen.

Wolfgang Schlott, Bremen

*Hinweis:* Wenn in diesen Wochen die Stadt St. Petersburg ihre Gründung vor dreihundert Jahren feiert, so erinnert sie an den Beginn des Baus der Peter-und-Pauls-Festung auf der Haseninsel im Mai 1703. Aus diesem Anlaß veröffentlichte die Literaturzeitschrift *Magazine littéraire* in ihrer Mai-Ausgabe ein Dossier mit Beiträgen über Schriftsteller, die in St. Petersburg gelebt und gearbeitet haben. Aus gleichem Grunde gab der Hanser-Verlag eine Neuausgabe von Karl Schlögels 1988 erschienener Geschichte der Stadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts heraus (Petersburg. Das Laboratorium der Moderne 1909–1921. München 2002). Neu erscheint auch die Stadtgeschichte von Nikolai P. Anziferow, die 1922 auf Russisch publiziert wurde (Die Seele Petersburgs. Aus dem Russischen von Renata von Maydell. Vorwort von Karl Schlögel. Hanser, München 2003), und gleichzeitig erscheinen Joseph Brodskys Erinnerungen an St. Petersburg/Leningrad in einer Neuausgabe (Erinnerungen an Petersburg. Aus dem Englischen von Marianne Frisch mit Photos von Barbara Klemm. Hanser, München 2003). Erinnert sei auch an zwei amerikanische Studien zur Belagerung Leningrads im Zweiten Weltkrieg (David M. Glantz, *The Battle for Leningrad, 1941–1944*. University Press of Kansas, Lawrence/Kan. 2002; Harrison E. Salisbury, *The 900 Days. The siege of Leningrad*. Da Capo Press, Cambridge/Ma 1985, Neuausgabe 2003). Vgl. auch den Essay: Christian Caryl, *Window on Russia*, in: *The New York Review of Books* 50 (May 29, 2003) S. 26–29. (N.K.)

## Exodus und Revolution

Alttestamentliche Paradigmen neuzeitlichen Fortschritts

Michael Walzer gilt neben dem schon in den Rang des Klassikers erhobenen *John Rawls* als wichtigster Repräsentant der politischen Philosophie in den USA; er hat in der Kontroverse um den Kommunitarismus eine vermittelnde Rolle gespielt, sein bekanntestes Buch ist «Spheres of Justice».<sup>1</sup> Walzer ist Mitherausgeber der linksliberalen Zeitschrift «Dissent». In einer früheren Studie hatte er sich auch mit der Frage des gerechten Kriegs befaßt und gehört zu den Mitunterzeichnern eines kürzlich veröffentlichten Manifests amerikanischer Intellektueller zu diesem Thema, worin diese den europäischen Kollegen schlechten Pazifismus attestieren (Terrorismus usw.).

<sup>1</sup> Michael Walzer, *Spheres of Justice. A Defence of Pluralism and Equality*. New York 1983; deutsche Übersetzung: *Sphären der Gerechtigkeit*. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt/M. 1992. – *Exodus und Revolution* bilden die Grundlage für ein weitreichendes Editionsprojekt zur Geschichte des politischen Denkens aus biblischen und jüdischen Wurzeln. Zusammen mit den Rechtsphilosophen *Menachem Lorberbaum* und *Noam J. Zohar* plant Michael Walzer eine vierbändige, kommentierte Anthologie der wichtigsten Quellen unter den Stichworten «Autorität», «Mitgliedschaft», «Gemeinschaft» und «Politik im Lauf der Geschichte». Bisher sind zwei Bände erschienen: Michael Walzer, *Menachem Lorberbaum*, *Noam J. Zohar*, Hrsg., *The Jewish Political Tradition. Volume I. Authority; Volume II. Membership*. The Yale University Press 2000 bzw. 2003. – Der hier abgedruckte Text von Werner Post wurde während der 35. Klausurtagung in Königsberg/B. vom 25. bis 29. September 2002 vorgetragen. Das Rahmenthema lautete «Erlösung und Befreiung». (N.K.)

Walzer entwickelt in der hier vorgestellten Abhandlung über «Exodus und Revolution» die These, daß der Exodus ein Paradigma revolutionärer Politik und neuzeitlichen Fortschrittsdenkens bilde.<sup>2</sup> So unklar auch bleiben mag, ob der Exodus selbst die erste Revolution darstelle, «... das Buch *Exodus* (zusammen mit dem Buch *Numeri*) ist unzweifelhaft die erste Beschreibung revolutionärer Politik» (141). Seit dem Ende des Mittelalters gibt es eine Art Standardmodell für politische Entwicklung: «etwa folgendermaßen ...: Unterdrückung; Befreiung, Gesellschaftsvertrag, politischer Kampf, neue Gesellschaft (Gefahr der Restauration). Wir nennen den gesamten Prozeß *revolutionär* ... eine starke Vorwärtsbewegung. Dies ist keine Geschichte, die überall erzählt wird; sie stellt kein universelles Muster dar, sondern sie gehört dem Westen, insbesondere Juden und Christen im Westen, und ihre Quelle, ihre ursprüngliche Version, ist der Exodus Israels aus Ägypten.» (141)

### Vergleich mit griechischem Denken

Walzer setzt dieses Exodus-Modell deutlich vom griechischen Denken ab. So kognitiv überlegen beispielsweise die Politik von *Aristoteles* auch ist: Ihre Vorstellung vom guten Leben und der tugendhaften Ordnung der Polis behält etwas Statisches, ihr Ideal liegt in der Sicherung oder Wiederherstellung eines traditionellen Zustandes, nicht in einem Befreiungsprozeß. Walzer verdeutlicht das am Beispiel der «Troerinnen» von *Euripides*. Der Exodus, Auszug nach der Niederlage Trojas, der dort beschrieben wird, führt in die Sklaverei.<sup>3</sup> «Die Frauen sind von den Göttern ihrer Stadt im Stich gelassen worden. Für sie gibt es keine Verheißung. «Mir schwand das Letzte, das den Menschen bleibt, die Hoffnung», sagt Andromache. ... Ohne Illusionen treten die Frauen ihrem Schicksal unerschütterlich entgegen (und beklagen es). Sklaverei ist die natürliche Konsequenz der Niederlage; die Griechen frohlocken, die Frauen weinen: Alle verhalten sich wie erwartet.» (32).

*Euripides* beschreibt die Sklaverei als Seelenqual der aristokratischen Frauen und verweist darauf, wie plötzlich ein solcher Absturz passieren kann; doch ist diese Knechtschaft zwar bedrückend, nicht aber ungerecht (32), so wenig wie ein Naturereignis: Das Buch *Exodus* kennt solche Töne durchaus auch; aber schon das Wort πᾶσαι (drücken, pressen, in Not geraten) bezeichnet einen nichtmoralischen, passiven Zustand (Krankheit, Belagerung, Fieber usw.); «im Gegensatz dazu ist der biblische Gebrauch (*lachatz*) aktiv und persönlich. Es ist wesentlich für die Exodus-Geschichte und wird im Text explizit dargestellt, daß der Pharao und seine Fronvögte die Kinder Israels unterdrückten.» (33)

Walzer führt das weiter aus, als ich hier referieren kann. Zwar wird der Pharao nie ausdrücklich als Tyrann bezeichnet, aber durchaus als Schreckbild, auf das sich auch die späteren Warnungen in Israel vor dem Königtum beziehen (Dtn 17; 1 Sam 8). «Und doch ist die Widerrechtlichkeit der israelischen Knechtschaft gewiß die Hauptthese des Textes. ... Deshalb heißt es üblicherweise, daß Moses richtig gehandelt ... habe, als er den ägyptischen Vogt erschlug. ... Es sei eine gute Sache, sich der Unterdrückung zu widersetzen» (33f.), ist die überwiegende Meinung der Rabbis. «Den Israeliten wird befohlen, gerecht zu handeln, das heißt, nicht so wie die Ägypter; und das Motiv ihres Handelns soll die Erinnerung an die Ungerechtigkeit sein, welche ihre Vorfahren in Ägypten erlitten...» (34) *Rettung* geht hebräisch auf die Wurzel *hinausgehen* zurück, und man wird gerettet, wenn man aus Ägypten (nicht aus Troja) hinausgeht.

Die besondere Form der ägyptischen Unterdrückung sieht Walzer nicht in Sklaverei und Leibeigenschaft, auch nicht in Völkermord, sondern in Zwangsarbeit, möglicherweise auch in physi-

scher Brutalität. Die Israeliten begriffen sich selbst auch nicht als (Kriegs-)Sklaven, sondern als eines der Gastvölker, Fremdlinge und Gastarbeiter in Ägypten. Alle späteren Gebote wie Sabbatruhe oder die des pfleglichen Umgangs mit Knechten und Sklaven werden auf die Würdelosigkeit und die Zwänge der ägyptischen Zeit bezogen. «Die ägyptische Knechtschaft war die Fesselung eines Volkes an die willkürliche Macht des Staates ... Die Israeliten waren einer Knechtschaft ohne Begrenzung unterworfen ...» (40) Sie waren nicht auf Freilassung im griechisch-römischen Sinn der Sklavenemanzipation aus, sondern auf eine Kollektivreaktion der Befreiung, «paradigmatisch für jede Politik der Sklavenbefreiung und für radikale Politik im allgemeinen». (41)

### Verlockende Stagnation, schmerzhafter Wandel

Walzers Revolutionspathos hängt sicher auch mit der Entstehungszeit dieser Schrift zusammen, er verweist, neben historischen Bezügen, auf (meist schwarze) Prediger in den USA, aber auch häufiger auf die Theologie der Befreiung. Er verschweigt allerdings auch nicht die Krisen solcher Freiheitsprozesse: «Kein altes Regime ist bloß unterdrückerisch; es ist auch verlockend, denn sonst wäre die Flucht vor ihm viel leichter.» (43) Die Israeliten in der Wüste murren und wollen zurück an die ägyptischen Fleischtöpfe. Das bezog sich nicht nur auf Speis und Trank, sondern auf den Reichtum und die Kultur Ägyptens überhaupt; das wandernde Volk Israel hatte dem nur einen Wüstenpuritanismus entgegensetzen, «das frühe Judentum wird durch seine Ablehnung nicht nur der ägyptischen Knechtschaft, sondern auch der ägyptischen Kultur definiert» (44): Lebensstil, Luxus, Rituale der Oberklasse. «Die israelische Ablehnung des Luxus wird gemeinhin als Reaktion von Nomaden auf eine städtische Zivilisation beschrieben» (45), eine noch lange konservierte Haltung.

Das hatte auch mit einer ambivalenten Erinnerung an jenen Luxus zu tun: die Israeliten aßen nicht *aus* den Fleischtöpfen, sondern saßen *bei* ihnen. Sie mußten ihr Brot ohne Fleisch essen, rochen das Fleisch, ohne es essen zu dürfen. Und wenn sie sich in der Wüste zurücksehnten, so war es die Sehnsucht nach dem Haus der Knechtschaft; das gleiche gilt auch für die Assimilierungswünsche an ägyptische Lebensformen. Daß dies von Israel verworfen wird, gehört ebenfalls zur Befreiungsgeschichte: «Ohne die neuen Ideen der Unterdrückung und Verderbtheit, ohne das Gefühl für Ungerechtigkeit, ohne moralischen Abscheu wären weder Exodus noch Revolution möglich. ... Fortan ist jeder Schritt auf Ägypten zu ein Rückschritt ... (er) ist nicht unverständlich, denn Ägypten ist eine komplexe Realität. Aber er stellt eine Niederlage dar. Er ist das Paradigma der revolutionären Niederlage.» (49f.)<sup>4</sup>

Wie fast alle späteren Befreiungskämpfe enthält auch der Exodus die paradoxe, gleichzeitige Bereitschaft *und* Unwilligkeit, Ägypten hinter sich zu lassen. «Sie sehnen sich danach, frei zu sein, und sie sehnen sich danach, ihrer neuen Freiheit zu entkommen.» (83) Im Bundesschluß verwandelt sich die sklavisches Gesinnung der Pharaonenzeit in einen bewußt begonnenen und aufrechterhaltenen Dienst. «Der Bund ist die politische Erfindung des Buches *Exodus*.» (83) Es bereitet Schwierigkeiten, ihn politisch näher zu klassifizieren, weil es «keinen Präzedenzfall für einen Vertrag zwischen GOTT und einem ganzen Volk (gibt) oder für einen Vertrag, dessen Bedingungen buchstäblich die Moralgesetze sind» (83f.); Walzer siedelt ihn irgendwo zwischen Lehnvertrag und antizipiertem Gesellschaftsvertrag an; die Menschen, die den Bund schließen, erscheinen jedenfalls als moralisch zurechnungsfähige, verantwortliche Akteure, nicht als bloße Vasallen.

<sup>2</sup> Michael Walzer, *Exodus and Revolution*. New York 1985; deutsche Übersetzung: *Exodus und Revolution*, Berlin 1988; Frankfurt/M. 1995.

<sup>3</sup> Hekabe am Ende des Stücks: «Ihr zitternden, zitternden Glieder, / So schleppt den Schritt, / Schritt der Greisin, / In den Abend der Knechtschaft.»

<sup>4</sup> Hier spricht auch der Liberale Walzer; daß das nicht unproblematisch sein kann, zeigt sich u.a. am Beispiel der zusammengebrochenen DDR: Man hat hier doch oft die Nase gerümpft darüber, daß die Ossis eigentlich gar nicht so sehr Freiheit, sondern eher Konsum, die westlichen Fleischtöpfe gesucht hätten. Es ist natürlich sehr idealistisch geurteilt, den Ostländern Wüstenpuritanismus zu empfehlen.

## Exodus-Zionismus gegen politischen Messianismus

Walzer sagt ausdrücklich, daß er sich nicht als fachtheologischen Bibel-Exegeten versteht, aber auch mit seiner politischen Lesart durchaus den genuinen Sinn der Exodus-Geschichte treffe. «Die beiden Verheißungen (das Gelobte Land und die Gründung eines priesterlichen Königreichs und eines heiligen Volkes S. 115f., Anm. d. Red.) sind also wieder, auf komplexere Weise, miteinander verbunden. Heiligkeit schafft Freiheit und Gerechtigkeit, aber sie ist nur in dem Maße wirksam, wie sie einen Lebensstil, eine religiöse und politische Kultur beschreibt. Die Israeliten werden kein heiliges Volk sein, bis sie alle an einer Welt ritueller Erinnerung teilnehmen; bis sie das Passahfest feiern, am Sabbat ruhen, das Gesetz studieren, bis sie sich aktiv von «allerlei Last wegreißen» und mit dem zu leben lernen, was Bloch «das untüchtig-subversive» der Exodus-Geschichte nennt. Die ist GOTTES Reich, und in irgendeinem letzten Sinne ist jeder andere Ort Ägypten.» (122f.) Das gilt auch für ähnlich denkende Interpreten und Akteure: «Innerhalb der heiligen Geschichte des Exodus entdeckten sie eine lebhafteste und realistische weltliche Geschichte, die ihnen half, ihre eigene politische Aktivität zu verstehen. ... Ich habe nicht vor, das Heilige herabzusetzen, sondern nur, das Weltliche zu erforschen. Mein Thema ist nicht, was GOTT getan hat, sondern was Männer und Frauen getan haben, zuerst im biblischen Text selbst und dann, mit dem Text in der Hand, in unserer Welt.» (8)

Walzer geht darauf im Schlußkapitel «Exodus-Politik» ein. Neben den schon erwähnten Aspekten revolutionärer Befreiungstheorien gibt es noch ein weiteres für den Westen spezifisches Modell: den politischen Messianismus. Der aber erzeugt doch noch Differenzierungsbedarf, weil «das messianische Programm sich sehr stark von dem unterscheidet, das Moses in der Wüste und am Berg Sinai übernahm» (144), auch wenn in der jüdischen Geschichte dieser Unterschied verwischt wurde und der Messianismus die Form des Exodus annahm, wie etwa im Zionismus: «In den Letzten Tagen werden die Juden die Länder ihrer Verbannung verlassen und in ein irdisches Zion zurückkehren.» (144)

Aber Walzer unterscheidet zwischen einem Exodus-Zionismus, dessen Ahnherr gleichsam Moses ist, und einem messianischen

Zionismus, der stark apokalyptisch und rechtskonservativ aufgeladen ist. Exodus-Zionismus hat auf Messianisches, auf religiös-orthodoxe Erlösung und die Version vom Ende der Zeiten verzichtet. Nicht so der andere, messianische Zionismus: Er glaubt an eine apokalyptische Umkehr; die «messianische Mühe», Krieg (oder ähnliche Katastrophen: je schlechter, desto besser) erscheinen als Beginn der Erlösung. (146) Dazu gesellt sich die Bereitschaft, «das Ende der Zeiten zu erzwingen»... Männer und Frauen, die (dieses) Ende erzwingen wollen ... wollen sich selbst und uns alle nicht von irgendeinem spezifischen Übel, sondern von dem Übel im allgemeinen erlösen. Sie beanspruchen für ihre Politik göttliche Autorität und weisen ... die Anforderungen sowohl von Moral wie von Besonnenheit zurück. ... Selbst die Gewalt wird geheiligt, wenn man sie dazu benutzt, das Ende der Zeiten herbeizuführen.»<sup>5</sup>

Die Exodus-Geschichte geht undramatischer mit Niederlagen und Katastrophen um: sie sind kein Verlust Gottes, sondern ein Scheitern Israels, ihre Ursache liegt in Verderbtheit und Unterdrückung. Walzer schließt sich in seinem Urteil eher *Ernst Simon* und *Gershom Sholem* an, die beide entschieden bestreiten; daß der Zionismus eine messianische Bewegung sei, und sie sprechen damit dem politischen Messianismus der religiös-orthodoxen Rechten jede Legitimität ab. Deren schlechte Utopie verhindere es nur, innerhalb der Geschichte zu handeln und die Grenzen der historischen Realität zu akzeptieren. «Gemessen am politischen Messianismus, steht der Exodus für eine vorsichtige und gemäßigte Politik. Gemessen an der «alten Kategorie des gesellschaftlichen Kampfes» oder der noch verbreiteten Passivität und Ergebung der Unterdrückten, steht er für revolutionäre Politik.» (154) Ganz trennscharf durchhalten läßt sich das freilich nicht immer, auch der Exodus zehrt von messianischen Motiven; aber «es gibt keinen Endkampf, sondern eine lange Reihe von Entscheidungen, Rückfällen und Reformen». (155)

## Anwendung auf das Christentum

Zum Schluß schwenkt Walzer zu einer christlichen Exodus-Variante: «In den Schriften zeitgenössischer Befreiungstheologen wird die Kraft der Geschichte deutlicher. Man kann in ihren Büchern und Essays ein stetiges Drängen hin zu politischem Messianismus verspüren, aber da der Exodus der übliche Bezugspunkt für die Befreiung und das Gelobte Land das übliche Ziel ist, findet man auch ein starkes Gefühl innerweltlicher Komplexität. Exodus-Geschichte und -Politik hemmen die christliche Eschatologie. Und Befreiung ist keine Bewegung aus unserem entehrten Zustand hin zum messianischen Königreich, sondern aus «der Sklaverei, Ausbeutung und Entfremdung in Ägypten» hin zu einem Land, in dem die Menschen «menschenwürdig» leben können. ... Der beste der Befreiungstheologen (*Gustavo Gutiérrez*, Anm. d. Verf.) warnt seine Leser ausdrücklich vor jeder «Absolutsetzung der Revolution» ...» (156f.)

Es ist kein reiner liberaler Reformismus, den Walzer hier vertritt; er spürt vielmehr den Exodus-Motiven in den westlichen, philosophischen Konzepten von Politik und Philosophie nach, und auch wenn die Dinge nicht das sind, was sie sein könnten, so erscheint darin die Tür der Hoffnung immer noch geöffnet. Der Exodus gehört in die Urgeschichte der modernen Freiheit und Subjektivität, selbst wenn da nicht nur allein Jerusalem, sondern auch Athen eine ebenso elementare Rolle spielt.<sup>6</sup> Was der Exodus uns über Politik lehren kann, faßt Walzer so zusammen: «erstens, daß wo immer man lebt, wahrscheinlich Ägypten ist; zweitens, daß es einen besseren Ort, eine reizvollere Welt, ein Gelobtes Land gibt; und drittens, daß «der Weg zu dem Land durch die Wüste führt»». (157) *Werner Post, Bonn/Dortmund*

<sup>5</sup> Das spielt beim frühen Walter Benjamin eine Rolle: die Rote Kohras; vgl. dazu Jacques Derrida, *Gesetzeskraft*. Der «mystische Grund der Autorität». Übersetzt von Alexander García Düttmann. Frankfurt/M. 1991.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Hauke Brunkhorst, *Exodus – Der Ursprung der modernen Freiheitsidee*, in: ders., *Der entzauberte Intellektuelle*. Über die neue Beliebbarkeit des Denkens. Hamburg 1990, S. 267–290.

## ORIENTIERUNG (ISSN 0030-5502)

erscheint 2 x monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Informationen

Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

Redaktion und Aboverwaltung:

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich

Telefon 01 201 07 60, Telefax 01 201 49 83

E-Mail Redaktion: orientierung@bluewin.ch

Aboverwaltung: orientierung.abo@bluewin.ch

Redaktion: Nikolaus Klein, Josef Bruhin,

Werner Heierle, Pietro Selvatico

Ständige Mitarbeiter: Albert von Brunn (Zürich), Béatrice

Eichmann-Leutenegger (Muri BE), Paul Konrad Kurz (Gauting),

Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

Preise Jahresabonnement 2003:

Schweiz (inkl. MWSt): Fr. 63.– / Studierende Fr. 45.–

Deutschland und Österreich: Euro 43.– / Studierende Euro 32.–

Übrige Länder: SFr. 59.–, Euro 40.– zuzüglich Versandkosten

Gönnerabonnement: Fr. 100.–, Euro 60.–

Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postkonto Zürich 80-27842-8

Deutschland: Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70)

Konto Nr. 6290-700

Österreich: Z-Länderbank Bank Austria AG,

Zweigstelle Feldkirch (BLZ 20151),

Konto Nr. 473009 306, Stella Matutina, Feldkirch

Übrige: Credit Suisse, Zürich-Enge (BLZ 4842),

Konto Nr. 556967-61

Druck: Druckerei Flawil AG, 9230 Flawil

Abonnements-Bestellungen bitte an die Aboverwaltung.

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die

Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.